

Im Frühjahr 1933 überraschte Papst Pius XI. die Welt. Er lobte Hitler als den einzigen Staatsmann, der etwas gegen den Kommunismus unternahme, und gab damit der Hoffnung Ausdruck, in der neuen deutschen Regierung einen Bündnispartner gegen die „rote Gefahr“ finden zu können. Thies Schulze, Historiker an der Universität Münster, analysiert die Ursachen dieser überraschenden Wende und untersucht die Folgen der merklichen Annäherung, zu denen nicht zuletzt die Aufnahme der Verhandlungen für das Reichskonkordat zählte. Sein Beitrag wirft somit auch ein neues Licht auf die Scholder/Reppen-Debatte, die in der letzten Ausgabe der VfZ historisiert wurde.

Thies Schulze

## Antikommunismus als politischer Leitfaden des Vatikans?

Affinitäten und Konflikte zwischen Heiligem Stuhl und NS-Regime im Jahr 1933

### Einleitung

Als Kardinal Michael von Faulhaber im März 1933 ein Memorandum über Adolf Hitler verfasste, fand er durchaus anerkennende Worte für den neuen Reichskanzler: „Er betrachtet es als die Aufgabe seines Lebens, den Marxismus in jeder Form, besonders den Kommunismus, als Wirtschafts- und als Staatsprinzip zu ‚vernichten‘“<sup>1</sup>, schrieb er unter der Überschrift „Was an ihm zu loben ist“. Zwar enthielt das Memorandum eine längere Liste kritischer Urteile, so etwa über Katholikenverfolgung, Rassismus und Gewalt. Dennoch hatte die Denkschrift zumindest einen Aspekt aufgegriffen, der auch für die päpstliche Politik eine nicht unbedeutende Rolle spielte: Den Gedanken nämlich, dass kommunistische Bedrohungen, gleichermaßen von katholischer Kirche und deutscher Regierung erkannt, auch gemeinsam bekämpft und besiegt werden könnten.

Obwohl der Einfluss antikommunistischen Denkens auf die Haltung des Papstes zum Nationalsozialismus der bisherigen Forschung keinesfalls verborgen geblieben ist, erklärt sie dessen Stellenwert für die vatikanischen Entscheidungsprozesse im Jahr 1933 nur unzureichend. Selbst Saul Friedländer, der einen solchen Zusammenhang konstatiert, konzentriert sich in erster Linie auf die Zeit des

<sup>1</sup> Memorandum Faulhabers (17.3.1933), in: Ludwig Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933, Mainz 1972, S. 221–223, hier S. 221. – Für hilfreiche und anregende Kritik danke ich herzlich Antje Schnoor, Klaus Große Kracht und Martin Baxmeyer. Lukas Dovern verdanke ich die Übersetzungen aus dem Polnischen.

Pontifikats Papst Pius' XII.<sup>2</sup> Für die Amtszeit von dessen Vorgänger Achille Ratti hingegen hat die neuere Forschungsliteratur zwar einige Hinweise für eine aus „antibolschewistischer“ Überzeugung resultierende Toleranz gegenüber dem Nationalsozialismus gefunden<sup>3</sup>, dieses Phänomen allerdings nicht systematisch untersucht<sup>4</sup>. Andere Impulsgeber vatikanischer Politik wurden wesentlich deutlicher akzentuiert: So spielen etwa die komplexen Zusammenhänge zwischen dem Handeln der Zentrumspartei, des deutschen Episkopats und der römischen Kurie in der Forschung eine entscheidende Rolle. Zudem fragen einige Studien nach längerfristigen Grundkonstanten der vatikanischen Politik, die auf das Handeln des Heiligen Stuhls gegenüber der NS-Diktatur Einfluss genommen haben, etwa nach dem gewandelten Selbstverständnis, das in der päpstlichen Friedenspolitik seinen Niederschlag fand<sup>5</sup>, oder nach dem weiteren Kontext der Konkordatspolitik. Obwohl diese Forschungsperspektive wertvolle Ergebnisse erbracht hat, ist mit ihr die Gefahr verbunden, zeitliche Entwicklungen und politische Inkonsistenzen zu verdecken. Die Fokussierung der Forschung auf die Hintergründe des Konkordats von 1933 hat zudem dazu geführt, dass die ideologische Gegnerschaft zwischen römischer Kurie und nationalsozialistischer Bewegung in das Zentrum vieler Betrachtungen gerückt wurde. Emma Fattorini etwa bezeichnet den Nationalsozialismus schon in der entsprechenden Kapitelüberschrift ihres Buches als „Feind Nummer Eins“ des Papstes und misst der ideologischen Gegnerschaft des Vatikans zum Kommunismus eine geringere Bedeutung bei<sup>6</sup>.

Wenn der vorliegende Aufsatz der Frage nachgeht, welche Rolle die Gegnerschaft zum Kommunismus als Handlungsmotiv päpstlicher Politik im Jahr 1933 spielte, wird er besonderes Augenmerk auf die vatikanische Deutschland-Wahrnehmung legen. Es soll untersucht werden, inwiefern (und wann) die päpstliche Politik ihre ideologische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zurückzustellen bereit war, um gegen die vermeintliche Hauptgefahr des kommunistischen Vordringens effizienter vorgehen zu können. Dabei konzentriert sich die Untersuchung im Wesentlichen auf die Positionen Papst Pius' XI. Obwohl es vereinzelt

<sup>2</sup> Vgl. Saul Friedländer, Pius XII. und der Holocaust. Eine Neubewertung, in: Ders., Pius XII. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation, München 2011 [deutsche Erstausgabe 1965], S. 206–226.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Volk, Reichskonkordat, S. 64f. Die aus dem Jahr 1939 stammende Papst-Biographie von Luigi Salvatorelli, Pio XI e la sua eredità pontificale, Turin 1939, S. 169, die selten Belege für ihre Aussagen anführt, stellt den Antikommunismus als eines der Hauptmotive der Politik Pius' XI. dar und sieht in ihm sogar den Impulsgeber für den Abschluss des Reichskonkordats 1933.

<sup>4</sup> Einige Darstellungen unterschlagen gänzlich die Einflüsse antikommunistischen Denkens auf die Deutschlandpolitik des Vatikans. Vgl. z. B. Dieter Albrecht, Der Hl. Stuhl und das Dritte Reich, in: Klaus Gotto/Konrad Repgen (Hrsg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz 1990, S. 25–47.

<sup>5</sup> Vgl. Thomas Brechenmacher, Teufelspakt, Selbsterhaltung, universale Mission? Leitlinien und Spielräume der Diplomatie des Heiligen Stuhls gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland (1933–1939) im Lichte neu zugänglicher vatikanischer Akten, in: Historische Zeitschrift 280 (2005), S. 591–645, hier S. 605.

<sup>6</sup> Emma Fattorini, Pio XI, Hitler e Mussolini. La solitudine di un papa, Turin 2007, S. 108.

Quellen gibt, die auf unterschiedliche Meinungen im Staatssekretariat und in der Kurie schließen lassen<sup>7</sup>, ist es kaum möglich, die innerhalb der strengen vatikanischen Hierarchie existierenden Meinungsunterschiede systematisch zu erforschen. Letzten Endes war der Papst die bestimmende Person in der vatikanischen Politik.

Die im Vatikanischen Geheimarchiv vorhandenen Quellen, die 2003 und 2006 der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, verraten für das Jahr 1933 verhältnismäßig wenig über das Deutschland-Bild im Vatikan. Die Korrespondenz des päpstlichen Staatssekretariats mit dem Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, kann zwar Aufschluss über dessen Meinung über einige politische Vorgänge in Deutschland liefern, aus Rom an ihn gerichtete Anweisungen sind allerdings kaum im Quellenbestand zu finden<sup>8</sup>. Schließlich enthalten auch die Audienznotate des Kardinalstaatssekretärs Eugenio Pacelli für den Zeitraum, um den es in diesem Aufsatz geht, nur wenige Hinweise auf die Deutschlandpolitik<sup>9</sup>. Über die Gründe für diesen Quellenmangel, der mit Sicherheit nicht aus einem generellen Desinteresse des päpstlichen Staatssekretariats an der deutschen Politik resultiert, lässt sich nur spekulieren: Die päpstlichen Anweisungen an die Nuntiaturen fielen auch in anderen Fällen knapp aus, zumal für die kleine Bürokratie des Vatikans nur begrenzte Kapazitäten zur Pflege eines ausführlichen Schriftverkehrs zur Verfügung standen. Für die Abfassung schriftlicher Berichte gab es Richtlinien, die konkrete Anweisungen des Staatssekretariats im Einzelfall entbehrlich machen konnten<sup>10</sup>, und es ist zudem nicht auszuschließen, dass Anweisungen auch auf telefonischem Weg an die Nuntiaturen gelangten<sup>11</sup>. Die in der historischen Forschung stark beachteten Audienznotate, die Pacelli auf Geheiß und unter Kontrolle Papst Pius' XI. anfertigte<sup>12</sup>, geben nur punktuelle Einblicke in die päpstliche Politik und dürften eher als Gedächtnisstütze für einzelne Vorgänge gedient haben; als Grundlage für einen systematischen Überblick über die päpstliche Deutschland-Politik eignen sie sich kaum.

Es ist schon aus diesem Grund vielversprechend, neben Quellen, die die vatikanische Politik aus einer Innenperspektive wahrnehmen, auch solche in die

<sup>7</sup> Vgl. Konrad Repgen, Zur Vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat, in: VfZ 31 (1983), S. 506–535, hier S. 521–524. Mitteilungen P. Leibers SJ an den österreichischen Vatikangesandten (16. 7. 1933), in: Ebenda, S. 530–535.

<sup>8</sup> Die von Thomas Brechenmacher herausgegebene Edition der Berichte Cesare Orsenigos umfasst für das Jahr 1933 insgesamt 37 Anweisungen Pacellis, von denen insgesamt nur acht (zumeist sehr kurze Texte) aus den Monaten Februar bis April 1933 stammen. Vgl. <http://194.242.233.156/denqOrsenigo/index.php> [Zugriff am 19. 5. 2011].

<sup>9</sup> Segreteria di Stato, Sezione per i Rapporti con gli stati, Affari Ecclesiastici Straordinari (künftig: S.RR.SS., A.E.S.) Stati Ecclesiastici, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 340–364.

<sup>10</sup> Corrispondenza con la Santa Sede, in: Ebenda, Pos. 321, Fasz. 193, fol. 18r-20r.

<sup>11</sup> Von dieser Möglichkeit sollte vor allem Gebrauch gemacht werden, wenn das Staatssekretariat einen „schnellen Gedankenaustausch“ mit den Nuntiaturen wünschte. Entwurf des Staatssekretariats an die Nuntiaturen Paris, Madrid, München, Bern, Prag, Wien, Belgrad, Budapest und Warschau (14. 9. 1922), in: Ebenda, Fasz. 193, fol. 3r.

<sup>12</sup> Dies folgt aus einem Tagebuch-Eintrag Galeazzo Cianos, in: Galeazzo Ciano, Diario 1937–1943, hrsg. von Renzo De Felice, Mailand 1996, S. 169, Eintrag vom 26. 8. 1938.

Untersuchung einzubeziehen, die einen Blick „von außen“ auf den Vatikan richten. Hierbei wird in erster Linie auf Berichte zurückgegriffen, die aus der Feder des französischen Botschafters am Vatikan, François Charles-Roux<sup>13</sup>, und des polnischen Botschafters Władysław Skrzyński<sup>14</sup> stammen. Da die Regierungen beider Länder die politischen Vorgänge in Deutschland mit einiger Besorgnis verfolgten und ihre Botschafter daher des Öfteren das Gespräch mit dem vatikanischen Staatssekretär suchten, eignen sich die Berichte besonders, um einen Einblick in die vatikanische Deutschlandpolitik zu erhalten. Sie zeichnen sich durch das Bestreben ihrer Verfasser aus, Informationen möglichst unverfälscht an die jeweiligen Regierungsstellen weiterzuleiten, wenngleich sie dazu neigen, politischen Fragen – in erster Linie solchen, die für die Politik des jeweiligen Landes von Bedeutung sind – einen Vorrang über kirchliche Belange wie Seelsorge und Glaubensgrundsätze einzuräumen. Beide Diplomaten waren darüber hinaus gute Kenner der päpstlichen Politik: Der französische Vatikan-Botschafter hatte 1916 bis 1924 an der Botschaft in Rom (Quirinal) gearbeitet und – u. a. wegen der unterbrochenen diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl – auch informelle Kontakte zu kirchlichen Kreisen hergestellt. Skrzyński hatte 1933 bereits eine mehr als achtjährige Erfahrung als diplomatischer Vertreter am Heiligen Stuhl<sup>15</sup>.

Dass es trotz der genannten Forschungslücke eine reichhaltige Literatur über die Beziehung des Vatikans zum „Dritten Reich“ gibt<sup>16</sup>, liegt nicht unwesentlich an den Diskussionen über Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“, die die

<sup>13</sup> François Charles-Roux (1879–1961), nach Stationen in Konstantinopel, Kairo, London, Rom und Prag von Mai 1932 bis Mai 1940 französischer Botschafter am Vatikan. Vgl. *Annuaire diplomatique et consulaire de la République Française pour 1936, Nouvelle Série, Jg. 73, tome XLVII, Paris 1936, S. 243.*

<sup>14</sup> Władysław Skrzyński (1873–1937), zunächst im diplomatischen Dienst Österreich-Ungarns, nach einer Station in Madrid vom November 1924 bis Dezember 1937 Botschafter Polens am Heiligen Stuhl. Vgl. Jacek M. Majchrowski in Zusammenarbeit mit Grzegorz Mazur und Kamil Stepan (Hrsg.), *Kto był kim w drugiej Rzeczypospolitej*, Warschau 1994, S. 112.

<sup>15</sup> Ein Teil der hier zitierten Dokumente wurde 1960 in spärlich kommentierter und in unwesentlich abgeänderter Form abgedruckt, ist aber erstaunlicherweise in den Debatten über das Verhältnis des Vatikans zum „Dritten Reich“ kaum beachtet worden. Allerdings fehlen in der Edition alle in diesem Aufsatz zitierten Dokumente des entsprechenden Bestandes, die ab Mai 1933 entstanden sind. Vgl. Jarosław Jurkiewicz (Hrsg.), *Watykan a stosunki polsko-niemieckie w latach 1918–1939. Wybor Materiałow*, Warschau 1960, S. 44–65. In anderen Forschungskontexten sind die Dokumente allerdings durchaus wahrgenommen worden. Vgl. z. B. Hansjakob Stehle, *Geheimdiplomatie im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten*, Zürich 1993, S. 151–153; Neal Pease, *Rome's Most Faithful Daughter. The Catholic Church and Independent Poland, 1914–1939*, Athens 2009, S. 97–99 u. S. 238.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu u. a. Philippe Chenaux, *Pie XII. Diplomate et pasteur*, Paris 2003; Gerhard Besier/Francesca Piombo, *Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären*, München 2004; Peter Godman, *Der Vatikan und Hitler. Die geheimen Archive*, München 2005; Anthony Rhodes, *Der Papst und die Diktatoren. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus*, Wien/Köln/Graz 1980; Hubert Wolf, *Papst und Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich*, München 2008; ders., *Pius XI. und die „Zeitirrtümer“*. Die Initiativen der römischen Inquisition gegen Rassismus und Nationalismus, in: *VfZ* 53 (2005), S. 1–42.

Forschungslandschaft nachhaltig geprägt haben. So widmen sich zahlreiche Studien dem Verhältnis des Heiligen Stuhls zum Antisemitismus<sup>17</sup>. Für das Jahr 1933 sind zudem im Zuge der sogenannten Scholder-Reppen-Kontroverse zahlreiche Arbeiten entstanden, die mögliche Zusammenhänge zwischen Reichskonkordat und Ermächtigungsgesetz sowie der Auflösung der Zentrumsparterie erörtern und das Verhältnis zwischen Heiligem Stuhl, dem deutschen Episkopat und dem Zentrum untersuchen<sup>18</sup>. Mehrere Studien erforschen den vatikanischen Antikommunismus und die Beziehungen der Kurie zu Sowjetrußland<sup>19</sup>, sie behandeln die Zusammenhänge zwischen päpstlichem Antikommunismus und der vatikanischen Deutschlandpolitik allerdings nur am Rande.

### Der Vatikan und die Herausforderung von Kommunismus und Faschismen

Das Verhalten des Heiligen Stuhls zum Hitler-Regime hing eng mit der Frage zusammen, welches politische System am ehesten mit den vatikanischen Vorstellungen im Einklang stand. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert – verstärkt aber nach Ende des Ersten Weltkriegs – schlug sich in päpstlichen Verlautbarungen die Idee einer Äquidistanz zu politischen Systemen nieder. In der Enzyklika „Immortale Dei“ (1885) hatte es bereits geheißt: „Die Herrschergewalt ist aber an sich mit keiner Staatsform notwendig verknüpft [...]“<sup>20</sup> Papst Pius XI. griff mit dem Lehrschreiben „Ubi arcano“ dieses Prinzip wieder auf, fügte allerdings eine Formulierung hinzu, welche eine Distanz zu demokratischen Systemen deutlich machte: Innerstaatliche Parteienkämpfe und Terror müssten „um so verderblicher wirken, je größeren Anteil das Volk an der Staatsregierung hat, wie dies bei den modernen demokratischen Regierungen der Fall ist. Zwar verwirft die Kirche

<sup>17</sup> Als Überblick vgl. José M. Sánchez, Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte, Paderborn u. a. 2003. Vgl. ferner Thomas Brechenmacher, Der Vatikan und die Juden. Geschichte einer unheiligen Beziehung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2005; Konrad Reppen, Judenpogrom, Rassenideologie und katholische Kirche, Köln 1988.

<sup>18</sup> Von den zahlreichen Beiträgen zu dieser Debatte seien lediglich genannt: Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt a.M. u. a. 1977, S. 300–321; Reppen, Strategie; ders., I Patti Lateranensi e il Reichskonkordat. Pio XI e la politica concordataria con Russia, Italia e Germania, in: Rivista di Storia della Chiesa in Italia 33 (1979), S. 371–416. Grundlegend zum Reichskonkordat vgl. Volk, Reichskonkordat. Zur neueren Forschung vgl. Thomas Brechenmacher (Hrsg.), Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente, Paderborn u. a. 2007; Hubert Wolf, Reichskonkordat für Ermächtigungsgesetz? Zur Historisierung der Scholder-Reppen-Kontroverse über das Verhältnis des Vatikans zum Nationalsozialismus, in: VfZ 60 (2012), S. 169–200.

<sup>19</sup> Vgl. z. B. Maxime Mourin, Der Vatikan und die Sowjetunion, München 1965; Stehle, Geheimdiplomatie; Philippe Chenaux, L'Église catholique et le communisme in Europe, Paris 2009.

<sup>20</sup> Rundschreiben erlassen am 1. November 1885 von Unserem Heiligsten Vater Leo XIII. durch göttliche Vorsehung Papst, über die christliche Staatsordnung, Freiburg i. Br. 1885, S. 10. Zum deutschen Katholizismus und seine antikommunistischen Zielsetzungen vgl. Horst Heitzer, Deutscher Katholizismus und „Bolschewismusgefahr“ bis 1933, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 355–387.

diese Regierungsform nicht (wie überhaupt keine Einrichtung, die dem Recht und der Vernunft gemäß ist), aber es ist doch eine bekannte Tatsache, daß dieses Regierungssystem für Parteilänke besonders zugänglich ist.“<sup>21</sup>

Wenn die Demokratie unter den Herrschaftssystemen allenfalls geduldet war, so entsprachen auch die Alternativen kaum den eigenen Idealvorstellungen des Heiligen Stuhls. Die Monarchie konnte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als Auslaufmodell gelten, und der Untergang der katholischen Habsburgermonarchie markierte für den Heiligen Stuhl einen schmerzlichen Einschnitt<sup>22</sup>. In zunehmendem Maße war hingegen eine Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System erforderlich, das seit der Oktoberrevolution 1917 in den Fokus der internationalen Politik gerückt war, und mit dem Mussolini-Regime, das seit 1922 die politischen Geschicke Italiens lenkte und damit in der „römischen Frage“ zugleich zum Kontrahenten und Verhandlungspartner der katholischen Kirche geworden war.

Wenngleich bereits die Päpste des 19. Jahrhunderts den Kommunismus verurteilt hatten<sup>23</sup>, war dieser erst mit der Oktoberrevolution zu einer realen Herausforderung der katholischen Weltanschauung geworden. Die beiden wichtigsten Entscheidungsträger in den 1930er Jahren – Papst Pius XI. und Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli – hatten bereits früh persönliche Erfahrungen mit kommunistischen Bewegungen gemacht. Als Apostolischer Nuntius in Polen hatte der Ratti-Papst den polnisch-sowjetischen Krieg miterlebt und sich im August 1920 – wenn auch entgegen aller Legendenbildungen unfreiwillig – im belagerten Warschau befunden<sup>24</sup>. Pacelli hatte als Apostolischer Nuntius in Bayern während der Revolution 1918/19 eine vorübergehende Besetzung des Nuntiaturgebäudes erlebt, die in ihm einen tiefen Eindruck hinterlassen hatte<sup>25</sup>.

Trotz dieser persönlichen Erfahrungen und aller ideologischen Vorbehalte ging es der katholischen Kirche darum, auch von kommunistischen Regimen eine staatliche Garantie für die freie Ausübung der Religion zu erlangen. Zu diesem Zweck strebte der Heilige Stuhl selbst mit der Sowjetunion Vereinbarungen an. Anfang der 20er Jahre betrachteten vatikanische Entscheidungsträger diesen Weg sogar als Chance, um die Schwierigkeiten, die die katholische Kirche mit

<sup>21</sup> Sanctissimi Domini Nostri Pii Divina providentia Papae XI litterae encyclicae. De pace Christi in regno Christi Quaerenda, München 1923, S. 17.

<sup>22</sup> Vgl. Hubert Wolf/Klaus Unterburger (Bearb.), Eugenio Pacelli. Die Lage der Kirche in Deutschland 1929, Paderborn u. a. 2006, S. 37.

<sup>23</sup> Bereits Papst Pius IX. hatte in seiner Enzyklika „Qui Pluribus“ vom 9. 11. 1846 u. a. einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Kommunismus und Katholizismus konstatiert. Vgl. Giorgio Petracchi, I Gesuiti e il Comunismo tra le due guerre, in: Vincenzo Ferrone (Hrsg.), La Chiesa cattolica e il totalitarismo: VIII Giornata Luigi Firpo. Atti del convegno, Torino 25–26 ottobre 2001, Florenz 2004, S. 123–152, hier S. 125.

<sup>24</sup> Vgl. Stanislaw Wilk, Achille Ratti, visiteur apostolique et premier nonce dans la Pologne renaissante, in: Jean-Pierre Delville/Marko Jacov (Hrsg.), La Papauté contemporaine (XIXe–XXe siècles), Louvain-La-Neuve u. a. 2009, S. 345–357, hier S. 355.

<sup>25</sup> Vgl. Chenaux, Pie XII, S. 128–133.



dem zaristischen Regime gehabt hatte, ein für alle Mal auszuräumen<sup>26</sup>. Die Verhandlungen, an denen der Nuntius in Deutschland und spätere Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli maßgeblich mitwirkte, gelangten allerdings nie über den Status von inoffiziellen Sondierungen hinaus. Zugleich betraute Pacelli den Jesuitenpater Michel d'Herbigny mit der Aufgabe, geheime Bischofsweihen vorzunehmen, um für das Seelenheil der in Russland lebenden Katholiken zu sorgen. Als sich Ende 1927 endgültig herausstellte, dass die sowjetische Regierung nicht bereit war, Mindestforderungen des Vatikans zu akzeptieren, änderte der Heilige Stuhl unter dem Eindruck staatlicher Repressalien gegen Priester seinen Kurs. Der Kommunismus wurde in der Folgezeit erbitterter als je zuvor verurteilt<sup>27</sup>.

1930 veröffentlichte Papst Pius XI. ein Schreiben an seinen Kardinalvikar Basilius Pompili, in dem er zu einem „Kreuzzug des Gebets“ und zum Kampf der „Kulturvölker“ gegen den Bolschewismus aufrief. Vor allem in der katholischen Presse Deutschlands fand der Aufruf breiten Widerhall<sup>28</sup>. Die Enzyklika „Caritate Christi compulsi“ gab im Mai 1932 den päpstlichen Standpunkt ebenfalls deutlich wieder. Sie warnte vor der Gefahr, die Papst Pius XI. in den sozialen Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise erblickte, und vor politischen Umsturzversuchen: „Diese schweren wirtschaftlichen Mißstände und diese große sittliche Unordnung benötigen die Feinde jeglicher sozialen Ordnung, mögen sie Kommunisten oder sonstwie heißen.“<sup>29</sup> Anders als „gottlose“ Menschen der Vergangenheit verfügten die Gottlosen der Gegenwart über eine Massenbasis wie auch über moderne Medien, die sie für Propagandazwecke einsetzten. Der Text der Enzyklika nannte die kommunistische Agitation „teuflich“ und rief die Gläubigen auf, dieser durch Gebete und Buße entgegenzutreten. Auffallend scharf war die Wortwahl, die die Schicksalhaftigkeit der allgemeinen politischen Situation unterstrich und die Entscheidung für den christlichen Glauben als einzige Möglichkeit zuließ, um eine weltweite Katastrophe zu verhindern: „Es ist somit unerlässlich, ehrwürdige Brüder, daß wir, ohne zu ermüden, eine Schutzmauer für das Haus Israel aufrichten, daß auch wir alle unsere Kräfte zu einer einzigen festgefügt Front gegen die ruchlosen Scharen vereinen, die nicht minder die Feinde Gottes als der Menschheit sind! In diesem Kampfe nämlich geht es um die höchste Entscheidung, die der menschlichen Freiheit vorgelegt werden kann: für Gott oder wider Gott. So lautet neuerdings die Wahl, von der das Schicksal der ganzen Welt abhängt.“<sup>30</sup> Obwohl die Enzyklika auch einige einleitende Warnungen vor „übertriebenem Nationalis-

<sup>26</sup> Vgl. Andrea Ricciardi, *La Chiesa Cattolica, il Comunismo e l'Unione Sovietica*, in: Ferrone (Hrsg.), *La Chiesa cattolica*, S. 79–92, hier S. 81.

<sup>27</sup> Zu dieser Entwicklung vgl. Stehle, *Geheimdiplomatie*, S. 39–144; Chenaux, *Église*, S. 31–146.

<sup>28</sup> Vgl. Heitzer, *Katholizismus*, S. 359.

<sup>29</sup> *Caritate Christi compulsi*, in: Heilslehre der Kirche. Dokumente von Pius IX. bis Pius XII. Deutsche Ausgabe des französischen Originals von P. Cattin O.P. und H. Th. Conus O.P., besorgt von Anton Rohrbasser, Freiburg (Schweiz) 1953, S. 626–645, hier S. 630.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 634.

mus“ enthielt, betrachtete sie – ganz in der Tradition früherer Lehrschreiben<sup>31</sup> – die Vaterlandsliebe als legitim und forderte an anderer Stelle dazu auf, die Regierenden in die Gebete einzuschließen<sup>32</sup>. Diese Sichtweise auf die Herausforderung der modernen Nationalismen sollte sich im Jahr 1933 als folgenschwer erweisen.

Weitaus weniger eindeutig war die Haltung des Heiligen Stuhls gegenüber den „faschistischen“ Diktaturen. In Italien zeichnete sich unter der Diktatur Mussolinis seit 1925 ab, dass es zu einem Einvernehmen von katholischer Kirche und Staat kommen könnte. Diese Annäherung, die mit den Lateranverträgen 1929 auch ein offizielles Fundament erhielt, sollte trotz zwischenzeitlicher Trübungen das Verhältnis zwischen Kirche und italienischem Staat langfristig prägen<sup>33</sup>. Ganz anders hatten sich zur Zeit der Weimarer Republik die vatikanischen Beziehungen zur Anhängerschaft Hitlers entwickelt: Der Nationalsozialismus hatte mit seiner völkisch-antiklerikalen Agitation schon früh Anstoß erregt, weshalb viele Exponenten des politischen Katholizismus Mussolini geradezu als positives Gegenstück zu Hitler betrachteten<sup>34</sup>. Auch Pacelli hatte die NSDAP in seiner Zeit als Nuntius in München und Berlin als „antikatholische“ Partei kennengelernt<sup>35</sup>. Und gerade am Beginn der 1930er Jahre war die Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie sowohl in den Reihen der deutschen Bischöfe als auch im Vatikan unverkennbar. Bereits 1930 hatte das Mainzer Ordinariat verlauten lassen, dass Nationalsozialismus und Katholizismus nicht vereinbar seien, und lediglich für den mit Rom und den anderen Bischöfen nicht koordinierten Vorstoß vom Vatikan Kritik geerntet<sup>36</sup>. Im August 1932 ließ die Fuldaer Bischofskonferenz schließlich eine Erklärung folgen, welche die Unvereinbarkeit der beiden Weltanschauungen bekräftigte<sup>37</sup>. Obwohl die Zentrumspartei unter dem Eindruck der politischen Krise Ende 1932 wachsende Bereitschaft zeigte, Koalitionssondierungen mit der NSDAP in Betracht zu ziehen<sup>38</sup>, kann an der grundsätzlichen Ablehnung durch die deutschen Kirchenoberen und dem Vatikan kaum ein Zweifel bestehen<sup>39</sup>. Umso erstaunlicher erscheint es, dass sich das Blatt schon bald nach Hitlers Machtübernahme wenden sollte.

<sup>31</sup> Die Enzyklika „Ubi arcano dei“ (1922) enthielt bereits eine solche Unterscheidung zwischen „guter“ Vaterlandsliebe und „bösem“ Nationalismus. Sanctissimi domini nostri Pii divina providentia Papae XI litterae encyclica, S. 27.

<sup>32</sup> Caritate Christi, S. 631 u. S. 638.

<sup>33</sup> Vgl. Renzo De Felice, Mussolini il fascista, Bd. II: L'organizzazione dello Stato fascista (1925–1929), Turin 1995, S. 382–436.

<sup>34</sup> Vgl. Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73–125, hier S. 93–99.

<sup>35</sup> Vgl. Wolf, Papst und Teufel, S. 155.

<sup>36</sup> Vgl. Brechenmacher, Teufelspakt, S. 603.

<sup>37</sup> Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz betr. Stellungnahme zur NSDAP (17.8.1932), in: Bernhard Stasiewski (Bearb.), Akten Deutscher Bischöfe. Über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. 1: 1933–1934, Mainz 1968, S. 843f.; Scholder, Kirchen, Bd. 1, S. 198.

<sup>38</sup> Vgl. Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „nationaler Erhebung“, 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977, S. 71 u. S. 74f.

<sup>39</sup> Vgl. Yves Chiron, Pie XI (1857–1939), Paris 2004, S. 296f.



## Kommunismusangst und Diktaturhoffnung: Der Heilige Stuhl von Februar bis April 1933

Den Worten des Jesuitenpaters Robert Leiber zufolge, der Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli als Privatsekretär diente<sup>40</sup>, soll der spätere Papst die Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 mit den Worten kommentiert haben: „Das ist eine schwerwiegende Sache. Das ist verhängnisvoller als ein Sieg der sozialistischen Linken gewesen wäre.“<sup>41</sup> Diese – in einem Zeitabstand von sieben- und zwanzig Jahren niedergeschriebene und nicht nachprüfbar – Aussage unterscheidet sich (vorausgesetzt, dass Pacelli sie tatsächlich tätigte) deutlich von der Politik, die der Heilige Stuhl von Ende Februar bis April vertrat.

Bereits Anfang Februar äußerte sich der Kardinalstaatssekretär in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter François Charles-Roux deutlich moderater<sup>42</sup>. Inwiefern die päpstliche Furcht vor dem Kommunismus bereits im Februar eine Rolle für die Deutschlandpolitik gespielt hat, ist indes mit den verfügbaren Quellen nicht zu beantworten. Die Berichte der Berliner Nuntiat, die Anfang Februar 1933 in Rom eintrafen, lassen kaum auf Sympathien für den Nationalsozialismus schließen, und Nachrichten über einen angeblichen Bedeutungsgewinn der kommunistischen „Gottlosenbewegung“ in Deutschland erreichten das päpstliche Staatssekretariat erst Mitte März 1933<sup>43</sup>. Sicher ist hingegen, dass Hitler bereits in seinem „Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk“ am 1. Februar von einem „unerhörten Willens- und Gewaltansturm“ der „kommunistische[n] Methode des Wahnsinns“<sup>44</sup> sprach und mit dieser Rhetorik – wahrscheinlich unbeabsichtigt – Grundängste der vatikanischen Politik bediente. Bereits ein Jahr zuvor hatte der britische Vatikanbotschafter Ogilvie Forbes auf päpstliche Befürchtungen über kommunistische Gefahren für Deutschland hingewiesen: „Die Entwicklung der politischen Situation Deutschlands wurde vom Vatikan in diesem Jahr mit einiger Sorge beobachtet, da man ein gewisses Unbehagen bei der Aussicht verspürt, Deutschland könne kommunistisch werden und damit für den Bolschewismus die Schleusen in Mitteleuropa öffnen. Diese

<sup>40</sup> Zu Leiber siehe Horst Mühleisen, Robert Leiber, in: Bernd Otnad (Hrsg.), *Badische Biographien. Neue Folge*, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 183 f.

<sup>41</sup> Robert Leiber, Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei, in: *Stimmen der Zeit* 167 (1960/61), S. 213–223, hier S. 215. Leiber führt keinen Beleg für dieses Zitat an.

<sup>42</sup> Vgl. Wolf, *Papst und Teufel*, S. 173.

<sup>43</sup> Orsenigo an Pacelli, 7. 3. 1933, in: Thomas Brechenmacher (Hrsg.), *Berichte des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo aus Deutschland 1930 bis 1939*, Teil I: Das Jahr 1933, Nr. 77, [http://194.242.233.156/denqOrsenigo/index.php?view=doc\\_layout&docConstraints\[br  
owse\]=true&docConstraints\[byID\]=no&docConstraints\[id\]=77&docConstraints\[docNrInP  
ager\]=1](http://194.242.233.156/denqOrsenigo/index.php?view=doc_layout&docConstraints[browser]=true&docConstraints[byID]=no&docConstraints[id]=77&docConstraints[docNrInPager]=1) [Zugriff am 21. 3. 2012].

<sup>44</sup> Rundfunkansprache Hitlers am 1. 2. 1933, in: Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1/1: *Triumph*, München 1965, S. 191–194, hier S. 192.

Überlegung hat zweifellos den Vatikan beeinflusst, die Verurteilung der nationalsozialistischen Partei nicht zu weit zu betreiben.<sup>45</sup>

Jedenfalls notierte Pacelli am 4. März nach einer Audienz mit Papst Pius XI. den Satz: „Hitler ist der erste und einzige Staatsmann, der sich öffentlich gegen die Bolschewisten ausspricht. Bisher ist es nur der Papst gewesen.“<sup>46</sup> Diese Sichtweise sollte die päpstliche Diplomatie in der Folgezeit stark beeinflussen. Dem französischen Botschafter gegenüber sprach der Papst am 7. März die Worte aus: „Ich habe meine Meinung über Hitler geändert, infolge der Rede, die er dieser Tage über den Kommunismus gehalten hat. Das ist das erste Mal, man muß es schon sagen, dass sich die Stimme einer Regierung erhebt, um den Bolschewismus in solch entschiedenen Worten anzuprangern und um sich mit der Stimme des Papstes zu verbinden.“<sup>47</sup> Am 11. März berichtete der polnische Botschafter am Heiligen Stuhl, Skrzyński, ebenfalls an seinen Außenminister, dass Pius XI. seine Haltung zu Hitler zwar nicht vollständig geändert, aber doch „bedeutend modifizier[t]“ habe, und erwähnte ein ähnliches Lob für den Reichskanzler<sup>48</sup>. Als sich die beiden Botschafter einige Tage später unterhielten, war Skrzyński nicht wenig überrascht, dass seinem französischen Amtskollegen die Lobrede auf Hitler in noch unverblümter Weise vorgetragen worden war: „Ich sagte dem Botschafter, dass [Pius XI.] mit mir bedächtiger gesprochen und betont habe, dass er seine Ansichten zu Hitler nicht so sehr ändere, sondern eher modifiziere. Mein französischer Kollege meint, dass er sich ihm gegenüber wesentlich kategorischer geäußert und deutlich seine besondere Zufriedenheit mit der von Hitler gewählten Linie gezeigt habe.“<sup>49</sup> Offenbar hatte der Papst sich aus diplomatischer Rücksicht dem polnischen Botschafter gegenüber etwas zurückhaltender, wenn auch nicht weniger deutlich, ausgedrückt.

Erstaunlich ist indes nicht nur das unverhohlene Lob für Hitler, sondern auch die Art und Weise, wie der Papst es zum Ausdruck brachte. Diplomatischen Vertretern von Ländern, die keineswegs im Ruf standen, ein gutes außenpolitisches Verhältnis zum Deutschen Reich zu unterhalten, wurde die päpstliche Anerkennung für das Hitler-Regime kundgetan. Ganz offenbar handelte es sich nicht um eine spontane Sympathiebekundung des Papstes, sondern um einen bewussten Versuch, die Botschafter auf die bevorstehende Annäherung an das Deutsche Reich vorzubereiten. Neben den Diplomaten hörte aber auch Kardinal Michael

<sup>45</sup> Ogilvie Forbes an Sir John Simon, 19.2.1932, in: Thomas E. Hachey (Hrsg.), *Anglo-Vatican Relations, 1914–1939: Confidential Annual Reports of the British Ministers to the Holy See*, Boston/MA, 1972, S.203–226, hier S.209f.

<sup>46</sup> Audienz am 4.3.1933, in: S.RR.SS., A.E.S. *Stati Ecclesiastici*, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 3rv, hier fol. 3r. Das Zitat ist in jeweils leicht abweichender Übersetzung belegt (aber z.T. anders kontextualisiert) bei Volk, *Reichskonkordat*, S.64, Anm. 24, Besier/Piombo, *Stuhl*, S.175, und Wolf, *Papst und Teufel*, S.180.

<sup>47</sup> Charles-Roux an Paul-Boncour, 7.3.1933, in: *Documents Diplomatiques Français (DDF)*, 1<sup>re</sup> série, tome II: 15 novembre 1932–17 mars 1933, Paris 1966, S.752–754, hier S.752. Vgl. Volk, *Reichskonkordat*, S.65.

<sup>48</sup> Skrzyński an Beck, 11.3.1933, in: *Archiwum Akt Nowych, Ministerstwo Spraw Zagranicznych* (künftig: AAN, MSZ), B 16169 (52), fol. 84–85, hier fol. 84.

<sup>49</sup> Skrzyński an Beck, 22.3.1933, in: Ebenda, fol. 92–95, hier fol. 92.

von Faulhaber in einer Audienz die päpstliche Lobrede auf den Diktator<sup>50</sup>. Am 13. März würdigte der Papst jedenfalls in einer – spätestens seit Februar geplanten<sup>51</sup> – Konsistorialansprache den Hitlerschen Antikommunismus öffentlich, ohne den Reichskanzler namentlich zu erwähnen. Er ging auf die schwierige Situation in der internationalen Politik ein, benannte Russland, Mexiko und Spanien als Horte ideologischer Fehlentwicklung, stellte ihnen die Doktrinen der katholischen Kirche entgegen und bemerkte: „Und doch ist unsere Stimme bis vor einigen Tagen die Einzige und Alleinige gewesen, die die schwere Gefahr benannt hat, die die christliche Zivilisation jetzt in allen Ländern der Welt bedroht, welche von deren unschätzbaren und unersetzbaren Wohltaten profitieren [...]“<sup>52</sup> Obwohl die Anspielung vorsichtig formuliert war und die Türen für eine abermalige diplomatische Kehrtwende offen ließ, verfehlte sie ihre Wirkung auf die Diplomaten nicht. Charles-Roux verstand sie im Lichte der Linie, die Pius XI. vorher vertreten hatte: „Es besteht kein Zweifel, dass nach Meinung des Papstes diese Anspielung auf die Stimme von Hitler gemünzt ist.“<sup>53</sup> Kardinal Faulhaber nahm die Anspielung ebenfalls wahr und gab die lobenden Worte am 20. April auf der Bayerischen Bischofsversammlung in Regensburg weiter<sup>54</sup>.

Woher rührte die sorgfältig vorbereitete Annäherung an Hitler? Allem Anschein nach spielten für den Politikumschwung die Eindrücke, die der Reichstagsbrand am 27./28. Februar auf vatikanische Entscheidungsträger hinterlassen hatte, eine wesentliche Rolle. Die Bolschewisten hätten auch ihn mehrmals mit dem Tode bedroht, gab Pius XI. Charles-Roux nach dem Brand des Parlamentes zu verstehen. Es sei von Moskau ein weiterer Weg nach Rom als nach Berlin<sup>55</sup>. Im Gespräch mit Skrzyński machte der Papst eine ähnliche Bemerkung und hob sogar Hitlers Mut hervor, unter Gefahr des eigenen Lebens gegen den Kommunismus Stellung bezogen zu haben<sup>56</sup>. Der polnische Botschafter vermutete, dass Pius an die Bombe gedacht habe, die ein Jahr zuvor im Petersdom entdeckt und rechtzeitig entschärft worden war. In der Tat hatte es im Juli 1931 und im Februar 1932 Anschlagversuche gegeben, die der Vatikan auf kommunistische Attentä-

<sup>50</sup> Aufzeichnung Faulhabers über eine Audienz bei Pius XI. vom 10. 3. 1933, in: Ludwig Volk (Hrsg.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945, Bd. 1: 1917–1934, Mainz 1975, S. 659–662, hier S. 660.

<sup>51</sup> Skrzyński an Beck, 10. 2. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 78–81, hier fol. 79.

<sup>52</sup> Allocuzione concistoriale „iterum vos“, 13. 3. 1933, in: Domenico Bertetto (Hrsg.), Discorsi di Pio XI. Edizione italiana, Bd. 2: 1929–1933, Città del Vaticano 1985, S. 855–867, hier S. 860.

<sup>53</sup> Charles-Roux an Außenminister, 15. 3. 1933, in: Ministère des Affaires Étrangères, Direction des Affaires Politiques et Commerciales (künftig: MAE, DAPC), Allemagne 699, fol. 57r–58r, hier fol. 58r. Kardinal Faulhaber sah in der Aussage ebenfalls eine Anspielung auf Hitler. Vgl. Chiron, Pie XI, S. 298.

<sup>54</sup> Vgl. Mourin, Vatikan, S. 74f.

<sup>55</sup> Vgl. Charles-Roux an Paul-Boncour, 7. 3. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome II, S. 752–754, hier S. 752.

<sup>56</sup> Skrzyński an Beck, 11. 3. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 84–85, hier fol. 84.

ter zurückführte<sup>57</sup>. Letzten Endes sind aber die Parallelen, die Pius XI. offenbar zwischen der vermeintlichen kommunistischen Gefahr in Deutschland und den vergangenen Anschlägen im Petersdom auszumachen glaubte, auf ein Trugbild zurückzuführen, das auf einer vollständigen Fehleinschätzung der politischen Lage in Deutschland beruhte.

Wie weitgehend man im Vatikan jedenfalls bereit war, der nationalsozialistischen Propaganda über die Ursachen des Reichstagsbrandes zu glauben, stellte sich bereits Anfang März heraus. Möglicherweise beeinflusst von der italienischen Tagespresse, welche ebenso ausgiebig wie ideologiegeleitet über den Brand im deutschen Parlament berichtete<sup>58</sup>, malte auch der *Osservatore Romano* das Schreckgespenst eines kommunistischen Aufstandes in Deutschland an die Wand. Am 3. März erschien ein Artikel über die angeblichen Umsturzpläne der kommunistischen Partei, die – der NS-Propaganda zufolge – eine vom preußischen Innenminister Hermann Göring angeordnete Hausdurchsuchung am 23. Februar zutage gefördert haben soll<sup>59</sup>. Die vatikanische Zeitung stellte die Vorgänge nach einem kurzen Hinweis auf die gefundenen „Beweise“ als ein Komplott von Kommunisten und Sozialdemokraten dar und gab daraufhin eine Stellungnahme von Papens wieder, der Anschuldigungen, die Reichsregierung selbst habe etwas mit der Brandstiftung zu tun, resolut zurückwies<sup>60</sup>. Auch über eine Rede, die Hitler am 3. März im Berliner Sportpalast hielt, berichtete der *Osservatore Romano*. Während der Artikel besonders ausführlich auf die Darlegungen des Reichskanzlers über die Verheerungen des sowjetischen Kommunismus‘ einging und – ganz im Sinne der im Vatikan kursierenden Befürchtungen – mit der von Hitler geäußerten Hoffnung endete, dass Deutschland ein ähnliches Schicksal erspart blei-

<sup>57</sup> Vgl. „Italy and Vatican seek Bomb-Placer“, in: *The Washington Post* vom 18. 7. 1931, S. 3; „Arnaldo Cortesi, Bomb Roar at Night alarms the Vatican“, in: *New York Times* vom 18. 7. 1931, S. 1 u. S. 6; „U.S. Cablegram Exposes Bomb at St. Peter’s“, in: *The Washington Post* vom 16. 2. 1932, S. 1. Möglicherweise galt der Anschlag von 1932 auch Mussolini, der den Vatikan kurz zuvor besucht hatte.

<sup>58</sup> So behauptete etwa *La Stampa*, der Reichstagsbrand sei Ausdrucks eines koordinierten kommunistischen Aufstandes und unter Mittäterschaft der Reichstagsfraktion der KPD geplant worden. Vgl. „Il Reichstag in fiamme“, in: *La Stampa* vom 28. 2. 1933, S. 1. Obwohl ein direkter Zusammenhang mit der italienischen Berichterstattung nicht belegbar ist, wirkt die Bemerkung Faulhabers, der Vatikan orientiere sich oftmals an (faschistisch eingefärbten) italienischen Zeitungsmeldungen, zumindest nicht vollkommen abwegig. Aufzeichnung Kardinal Faulhabers vom 20. 4. 1933, in: Volk (Hrsg.), *Akten Kardinal Michael von Faulhabers*, Bd. 1, S. 714–716, hier S. 715. Vgl. dagegen Brechenmacher, *Teufelspakt*, S. 596.

<sup>59</sup> Es ist kaum glaubhaft, dass entsprechendes Material tatsächlich gefunden wurde, zumal der Öffentlichkeit keine Dokumente präsentiert wurden. Vgl. Hans Mommsen, *Van der Lubbes Weg in den Reichstag – der Ablauf der Ereignisse*, in: Uwe Backes/Karl-Heinz Janßen/Eckhard Jesse/Henning Köhler/Hans Mommsen/Fritz Tobias (Hrsg.), *Reichstagsbrand – Aufklärung einer historischen Legende*. Mit einem Vorwort von Louis de Jong, München/Zürich 1986, S. 33–57, hier S. 45 f.

<sup>60</sup> „I piani delittuosi dei comunisti in Germania rivelati dai documenti sequestrati nella casa di Liebknecht“, in: *Osservatore Romano* vom 3. 3. 1933, S. 4.

ben möge<sup>61</sup>, verschwieg er die Passagen der Rede, die die Demokratie und das Weimarer System als Wegbereiter der kommunistischen „Gefahr“ hinzustellen versuchten<sup>62</sup>. Da das päpstliche Lob für Hitler am folgenden Tag in den Audienznotaten Pacellis auftauchte – demselben Tag, an dem auch der Artikel im *Osservatore Romano* erschien –, war es wahrscheinlich diese Rede, die Papst Pius XI. zu seiner positiven Haltung zum deutschen Regime bewegte<sup>63</sup>. Die Konsequenzen der Kommunistenverfolgung waren indes im Vatikan keineswegs unbekannt: Am 11. März – also noch vor der Konsistorialansprache – zitierte der *Osservatore Romano* Reichsinnenminister Wilhelm Frick mit der Aussage, die Kommunisten würden nicht in den Reichstag, sondern in die Konzentrationslager kommen, und auch ihre „Verbündeten“, die Sozialdemokraten, müssten verschwinden<sup>64</sup>.

Die Hoffnungen auf Hitlers Antikommunismus schienen im Umfeld des Papstes groß genug zu sein, dass man die harten Attacken der Nationalsozialisten auf das Zentrum im Vorfeld der Reichstagswahlen übergang. In einer Wahlkampfrede in Stuttgart hatte Hitler die Zentrumsparterie noch am 16. Februar beschuldigt, „14 Jahre lang in enger Umarmung mit dem Marxismus Deutschlands Geschichte gelenkt“<sup>65</sup> zu haben. Kardinalstaatssekretär Pacelli ließ sich dennoch nicht davon abhalten, dem bayerischen Vatikangesandten Otto Freiherr von Ritter zu Groenesteyn am Tag nach Hitlers Sportpalast-Rede zu sagen, dass die Nationalsozialisten konsequenter als die Zentrumsparterie den Kommunismus bekämpften<sup>66</sup>. Allerdings hatte er diese Aussage wahrscheinlich mit diplomatischer Rücksicht auf seinen Gesprächspartner formuliert, und zudem war vatikanische Kritik am Zentrum (und seiner Kompromissbereitschaft gegenüber den linken Parteien) auch in den zwanziger Jahren nichts Ungewöhnliches gewesen<sup>67</sup>. Der Vatikan betrachtete das Zentrum trotz seiner Sympathien für die antikommunistische Rhetorik Hitlers weiterhin als einzigen Vertreter des politischen Katholizismus<sup>68</sup> in Deutschland. Als die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März bekannt wurden, die dem Zentrum einen Achtungserfolg einbrachten, nahm der Heilige Stuhl dies mit Zufriedenheit zur Kenntnis<sup>68</sup>. Obwohl das Wahlergebnis wegen der Mehrheit von NSDAP und Deutschnationalen eine Regierungsbeteiligung des Zentrums

<sup>61</sup> „Hitler attacca vivacemente il governo russo e deplora i capitalisti che lo sostengono“, in: Ebenda vom 4. 3. 1933, S. 4.

<sup>62</sup> Vgl. „Hitlers vernichtende Abrechnung mit den Arbeitverrättern“, in: *Völkischer Beobachter* vom 4. 3. 1933, S. 2.

<sup>63</sup> Allerdings hatte Hitler auch am 1. März in der Breslauer Jahrhunderthalle eine stark antikommunistisch gefärbte Rede gehalten. Vgl. „Adolf Hitler sagt dem Bolschewismus den Vernichtungskampf an“, in: *Völkischer Beobachter* vom 3. 3. 1933, S. 2.

<sup>64</sup> „Dichiarazioni del Ministro degli interni del Reich“, in: *Osservatore Romano* vom 11. 3. 1933, S. 4.

<sup>65</sup> „Hitlers vernichtende Abrechnung mit den Zentrumsaboteuren. Das Zentrum hat schon im Krieg den Vernichtungswillen der Feinde gestärkt“, in: *Völkischer Beobachter* vom 17. 2. 1933, S. 1.

<sup>66</sup> Vgl. Wolf, *Papst und Teufel*, S. 180.

<sup>67</sup> Vgl. ebenda, S. 82–85.

<sup>68</sup> Vgl. Charles-Roux an Paul-Boncour, 7. 3. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome II, S. 752–754, hier S. 752.

kaum erwarten ließ, scheint der Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten Giuseppe Pizzardo solche Hoffnungen noch Mitte März gehegt zu haben. Erst im unmittelbaren Vorfeld des Ermächtigungsgesetzes wurde auch Pizzardo skeptischer<sup>69</sup>.

Unterdessen untermauerte Hitler die vatikanischen Wunschvorstellungen rhetorisch weiter. Die Regierungserklärung vom 23. März, mit welcher er vor der entscheidenden Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz die Zentrumsabgeordneten zu beschwichtigen versuchte, dürfte auch im Vatikan Eindruck gemacht haben. Noch bevor er die in vielen historischen Studien zitierten Garantien für die Kirchen aussprach, bediente Hitler gezielt die antikommunistischen Ressentiments des Vatikans: „Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Verfall der Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens. Die Auflösung ergreift alle Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Die völlig gegensätzliche Einstellung der Einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen. Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts, findet diese Entwicklung naturgesetzlich ihr Ende im kommunistischen Chaos. [...] Die Brandstiftung im Reichstag als mißglückter Versuch einer groß angelegten Aktion ist nur ein Zeichen dessen, was Europa vom Siege dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte.“<sup>70</sup> Als die Fuldaer Bischofskonferenz fast eine Woche später das Postulat der Unvereinbarkeit von Katholizismus und Nationalsozialismus weitgehend zurücknahm, spielten sicherlich Befürchtungen vor einem unkontrollierbaren Übertritt von Katholiken zur nationalsozialistischen Bewegung eine Rolle<sup>71</sup>. Allerdings äußerte Nuntius Cesare Orsenigo bereits im Vorfeld der Erklärung, zwischen deutscher Regierung und Heiligem Stuhl werde es durch die Erklärung zu einer „perfekten Übereinstimmung“ kommen<sup>72</sup>. Auch in dieser Bemerkung manifestierten sich die Hoffnungen auf eine enge Zusammenarbeit der Kirche mit der deutschen Regierung.

Die positive Sicht vatikanischer Entscheidungsträger auf die Kommunistenverfolgung in Deutschland wurde in der Folgezeit des Öfteren deutlich. Als etwa der Protestant Hermann Göring im Vorfeld der Konkordatsausarbeitung im April zu einer Audienz in Rom erschien, kommentierte der *Osservatore Romano*, der Nationalsozialist habe als preußischer Innenminister „den Bolschewismus konsequent bekämpft und [...] entschlossene Anordnungen gegen die Korruption der Sitten und die öffentliche Unmoral erlassen“<sup>73</sup>. Der Kommentar, in dem sicherlich auch Hoffnungen auf künftige Handlungen des deutschen Regimes mitschwangen, war offensichtlich unter dem Eindruck entstanden, den

<sup>69</sup> Skrzyński an Beck, 22. 3. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 92–95, hier fol. 94f.

<sup>70</sup> Regierungserklärung Hitlers (23. 3. 1933), in: Domarus, Hitler, Bd. 1/1, S. 229–237, hier S. 230.

<sup>71</sup> Vgl. Besier/Piombo, Stuhl, S. 183f.

<sup>72</sup> Cerruti an Mussolini, 27. 3. 1933, in: Documenti Diplomatici Italiani (künftig: DDI), Settima Serie: 1922–1935, vol. XIII: 10 gennaio–15 luglio 1933, Rom 1989, S. 326f., hier S. 327.

<sup>73</sup> „Il Vice-Cancelliere von Papen e il Ministro Goering visitano il Santo Padre“, in: *Osservatore Romano* vom 13. 4. 1933, S. 1.



Görings Reaktion auf den Reichstagsbrand hinterlassen hatte: Noch vor Hitler hatte der preußische Innenminister – offenbar aus eigener Überzeugung – die Kommunisten als Täter beschuldigt und entsprechende Anweisungen an die preußischen Polizeidienststellen herausgegeben<sup>74</sup>. Im Vatikan versprach man sich von Görings politischem Wirken indes nicht nur die Bestrafung kommunistischer Auführer, sondern auch eine von oben verordnete moralische Neuorientierung der Gesellschaft. Als der nationalsozialistische Minister per Erlass verfügte, die Zensur sittlich anstößiger Texte und Bilder zu verschärfen und eine „Deutsche Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzuchtiger Bilder, Schriften und Inserate“ einzurichten<sup>75</sup>, berichtete der *Osservatore Romano* auf der ersten Seite über diese Maßnahme und kommentierte: „Mit der Einführung der Verordnung unterstreicht man die Notwendigkeit, die Obszönitäten in Schriften und Abbildungen im Interesse der physischen und moralischen Volksgesundheit zu bekämpfen.“<sup>76</sup> In einem weiteren Artikel war gar von einem „kraftvollen Werk moralischer Desinfektion“ die Rede, und besonders Görings Bekundungen, in moralischer Hinsicht in voller Übereinstimmung mit den Organisationen der christlichen Kirchen zu handeln, ernteten viel Lob<sup>77</sup>.

Aus vatikanischer Perspektive hing dieser „moralische“ Aspekt unmittelbar mit der antikommunistischen Stoßrichtung des Regimes zusammen. Als der *Osservatore Romano* – zufällig oder bewusst – am Tag der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz einen Artikel über die päpstliche Konsistorialansprache und die in ihr enthaltene Kommunismus-Kritik abdruckte, war in ihm die Behauptung zu lesen: „Protestantismus, Schisma, Laizismus und Bolschewismus sind im Wesentlichen Synonyme [...]“. <sup>78</sup> Giuseppe Pizzardo bemerkte im April 1933 folgerichtig, man brauche sich über den „bedeutenden Stimmungsumschwung“ gegenüber Deutschland nicht zu wundern, da aus den Berichten aller Nuntiatoren die Gefahren kommunistischer Umtriebe in der ganzen Welt und auch in Deutschland eindeutig hervorgingen. „Die Beteuerungen der gegenwärtigen Regierung mussten, nicht nur was Konkordate und die Freiheit der Kirche betrifft, sondern auch bezüglich des Kampfes gegen diesen Seuchenherd, gegen Unmoral, Nudismus und Pornografie, auf Pius XI. großen Eindruck machen – was aber überhaupt nicht heiße, dass Hitler nun im Vatikan Unterstützung für alle seine innenpolitischen, erst recht nicht für seine außenpolitischen Ziele finden kann.“<sup>79</sup>

<sup>74</sup> Vgl. Mommsen, Weg, in: Backes/Janßen/Jesse/Köhler/Mommsen/Tobias (Hrsg.), Reichstagsbrand, S. 49f. Die Darstellung folgt hier der u. a. von Hans Mommsen und Fritz Tobias vertretenen These von der Alleintäterschaft Marinus van der Lubbes.

<sup>75</sup> Ministerial-Blatt für die Preußische Innere Verwaltung 94/17 (29. 3. 1933), coll. 357–369.

<sup>76</sup> „Efficaci misure del governo prussiano contro le pubblicazioni immorali“, in: *Osservatore Romano* vom 5. 4. 1933, S. 1.

<sup>77</sup> „La lotta contro l’immoralità pubblica“, in: Ebenda vom 14. 4. 1933, S. 2. Vgl. Ministerial-Blatt, col. 366.

<sup>78</sup> „La denuncia del bolscevismo“, in: *Osservatore Romano* vom 23. 3. 1933, S. 1.

<sup>79</sup> Skrzyński an Beck, 9. 4. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 96–101, hier fol. 100. Möglicherweise verfolgte Pizzardo mit seinen Aussagen gegenüber dem polnischen Vatikanbotschafter auch das Ziel, Polen zu einem ähnlichen politischen Kurs wie denjenigen zu bewegen, den er in Deutschland ausgemacht zu haben glaubte.

Die kirchliche Kehrtwende in der Einschätzung des Nationalsozialismus resultierte nicht allein aus der Befürchtung, die Sowjetunion werde andere Staaten mit dem kommunistischen Virus infizieren (obwohl diese Idee durchaus existierte), sondern auch aus einer Angst, die Gesellschaft könne von innen durch kommunistische Umtriebe zersetzt werden. Dass in Wirklichkeit von den Nationalsozialisten eine wesentlich größere Bedrohung ausging, erkannten der Papst und sein Umfeld nicht. Die versöhnliche Rhetorik, die einige deutsche Regierungsvertreter mitunter an den Tag legten, dürfte einiges dazu beigetragen haben, dass die vatikanische Distanz zum Nazi-Regime zunehmend schwand. Anfang April beschwichtigte der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Diego von Bergen, Pacelli mit der Aussage, Hitler billige die kirchenfeindlichen Schriften des NS-Ideologen Alfred Rosenbergs nicht<sup>80</sup>. Im Vatikan wurde – wahrscheinlich auch unter dem Einfluss solcher Aussagen – überhaupt zwischen Hitler und seiner Bewegung unterschieden. Pius XI. bezeichnete Hitler noch am 18. Mai 1933 als „weit gemäßigter als die meisten seiner Anhänger“<sup>81</sup>. Glaubt man den Berichten des polnischen Vatikan-Botschafters, sah man im März 1933 nicht Hitler, sondern dessen Koalitionspartner als mögliche Bedrohung an: „Im Vatikan wurde vermutet, dass Hitler sich von Hugenberg, d.h. von dessen extrem-protestantischer und anti-katholischer Richtung, durch die Gewinnung des Zentrums unabhängig machen wird, aber heute hört man Stimmen, dass man nicht vergessen dürfe, dass Deutschland ein zu 2/3 protestantisches Land sei, was angesichts der Stimmungen, über die Hugenberg waltet, nicht egal ist.“<sup>82</sup>

Offenbar sahen vatikanische Kreise 1933 die Möglichkeit, dass nationalistische Stimmungen in der deutschen Bevölkerung, die auf den deutschnationalen Protestantismus zurückgeführt wurden, durch die neue Regierung kanalisiert werden könnten. Eine Beteiligung der Zentrumspartei an der Regierung konnte demnach als Chance begriffen werden, Hitlers Kurs zu bändigen. Diese Wahrnehmung entsprach im Wesentlichen den Eindrücken, die im Umfeld der deutschen Zentrumspartei kursierten. Im Februar 1933 war gerade unter den Gefolgsleuten des Parteivorsitzenden Ludwig Kaas die Ansicht weit verbreitet, dass in Hugenbergs Deutschnationalen der eigentliche Stolperstein auf dem Weg zu einer nationalen Sammlungsregierung mit Beteiligung des Zentrums zu sehen sei<sup>83</sup>.

Die internationale Diplomatie war 1933 mit einer Reihe von Fragen befasst, die der Vatikan grundsätzlich nicht als Domäne eigenen Handelns betrachten konnte: Bündnispolitische Pläne oder Abrüstungsverhandlungen passten denkbar

<sup>80</sup> Vgl. Aufzeichnung Pacellis vom 5. 4. 1933, in: Volk, Reichskonkordat, S. 223. In der Tat sollte Alfred Rosenbergs „Mythus“ 1934 auf den Index der verbotenen Bücher gelangen. Vgl. Wolf, Papst und Teufel, S. 281 f.

<sup>81</sup> Clive an Simon, 20. 5. 1933, zit. nach Volk, Reichskonkordat, S. 112, Anm. 53.

<sup>82</sup> Skrzyński an Beck, 22. 3. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 92–95, hier fol. 95.

<sup>83</sup> Andere Zentrumspolitiker wie Heinrich Brüning betrachteten die Regierung Hitler als vorübergehendes Phänomen, das notwendigerweise zum Zerfall der NSDAP führen werde. Vgl. Morsey, Untergang, S. 94 f. u. S. 105. Sitzung des Fraktionsvorstands der Zentrumspartei, 31. 1. 1933, in: Rudolf Morsey (Bearb.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, Mainz 1969, S. 612 f., hier S. 612.

schlecht zur selbstdefinierten Rolle des Vatikans, der seine Tätigkeit in die Tradition der im Ersten Weltkrieg eingeleiteten Friedens- und Neutralitätspolitik stellte. Dennoch zeigte sich in der Frage, wie mit kommunistischen Staaten umzugehen sei, dass die Äußerungen aus dem vatikanischen Staatssekretariat keinesfalls „neutral“ waren und in ihnen auch größere Zielvorstellungen mitschwangen. Pizzardo äußerte schon im Februar 1933 die Ansicht, trotz zahlreicher Unterschiede sei es denkbar, dass Pilsudski, Mussolini und Hitler „teilweise an derselben Front gegen den Kommunismus“ arbeiteten. Er hielt es daher für möglich, dass man eines Tages „diese drei Namen gemeinsam anführt als diejenigen, die die christliche Zivilisation vor dem Kommunismus gerettet haben“<sup>84</sup>. Obwohl er seine Hoffnungen „eher in scherzhaftem“ Tonfall vortrug – wie sein Gesprächspartner Skrzyński festhielt – und das Gesagte mit der Bemerkung abmilderte, man müsse sich in Acht nehmen, weil Hitler den Kampf gegen den Kommunismus mit dem Mittel „staatlicher Unfreiheit“ führen könne<sup>85</sup>, stand Pizzardos Aussage doch im Zusammenhang konkreter politischer Zielvorstellungen. Bei einer späteren Unterredung bekräftigte er jedenfalls seine Aussage: „Mgr. Pizzardo hat mit Nachdruck wiederholt, wie wichtig es dem Papst sei, dass die Regierungen sich in diesem Kampf um die Zivilisation und Freiheit der Menschheit gegenseitig unterstützen und nicht stören.“<sup>86</sup>

Diese Erklärung hatte einen konkreten politischen Hintergrund: Seit Beginn des Jahres 1933 stand Mussolinis Plan eines Viermächtepaktes wieder auf der internationalen Agenda. Der „Duce“ hatte bereits zwei Jahre zuvor den Plan einer Übereinkunft Italiens, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens ins Gespräch gebracht, um Spannungen in der Außenpolitik und Folgen der Weltwirtschaftskrise zu lindern. Aus deutscher Perspektive bot eine solche strategische Allianz nicht nur die Möglichkeit, Prestige auf der internationalen Bühne zurückzugewinnen, sondern auch eine Plattform für die Verfolgung revisionistischer Ziele. Gerade die Frage der Grenzziehung im Osten und besonders das Thema des Danziger Korridors wurden während der Vorbereitungen zum Viermächtepakt von Berlin angesprochen, auch unter dem Eindruck der Agitation deutsch-nationalistischer Verbände in Danzig. Die italienische Diplomatie erwies sich dabei als unterstützende Kraft: Mussolini etwa forderte in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter in Italien Henry de Jouvenel am 3. März 1933 die Rückgabe eines Teils des „Korridors“ an das Deutsche Reich. Die Inhalte der Unterredung wurden schnell bekannt und sorgten in diplomatischen Kreisen für einige Unruhe<sup>87</sup>.

Unter diesen Vorzeichen war es nicht verwunderlich, dass die polnische Diplomatie dem Viermächtepakt sehr reserviert gegenüberstand. Der polnische Vatikanbotschafter unternahm mehrere Versuche, dem Heiligen Stuhl die Problematik des Plans vor Augen zu führen. Bereits im Februar 1933 hatte Skrzyński

<sup>84</sup> Skrzyński an Beck, 10. 2. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 78–81, hier fol. 80f.

<sup>85</sup> Ebenda.

<sup>86</sup> Skrzyński an Beck, 27. 2. 1933, in: Ebenda, fol. 82f., hier fol. 83.

<sup>87</sup> Vgl. Jens Petersen, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933–1936, Tübingen 1973, S. 137–141 u. S. 146–149.

Pizzardo auf die Unterstützung des Deutschen Reiches für ukrainische Kampftruppen aufmerksam machen wollen, welche den Eindruck einer geheimen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet stärken musste<sup>88</sup>. Der Vatikan ließ sich aber durch die polnischen Einwände nicht davon abbringen, die Vorbereitung des Viermächtepaktes wohlwollend zu verfolgen. Als sich Papen und Göring im April 1933 in Rom aufhielten, galt ihr Besuch nicht nur dem Abschluss eines Reichskonkordats, sie sprachen auch mit italienischen Regierungsvertretern über neue Formen einer Bündnispolitik. Allem Anschein nach nutzte Papen die Gelegenheit, um beim Heiligen Stuhl für das Zustandekommen eines Viererpaktes zu werben<sup>89</sup>. Hitler, über dessen Reisepläne im Vorfeld spekuliert worden war<sup>90</sup>, hatte zwar auf ein Treffen mit Mussolini verzichtet. Dennoch entstanden vielerlei Gerüchte um eine Audienz Hitlers beim Papst, dem zumindest von vatikanischer Seite nichts entgegenstand<sup>91</sup>. Noch bevor der Vertrag am 15. Juli 1933 unterzeichnet wurde, begrüßte Papst Pius XI. ausdrücklich den Abschluss des Viermächtepaktes<sup>92</sup>. Charles-Roux notierte: „Trotz der Zurückhaltung, die der Heilige Stuhl während der Verhandlung eingenommen hat, hat der Papst in seinem tiefsten Inneren auf den Abschluss des Viermächtepaktes gehofft. Vor kurzem hat er Kardinal Verdier gesagt, dass, wenn sich die vier Westmächte verständigten, der Bolschewismus in Europa unter Kontrolle gebracht sein würde.“<sup>93</sup>

Dass der Pakt nicht ratifiziert wurde und folglich niemals in Kraft trat, mag für das Thema dieses Aufsatzes nicht von Belang sein. Einige Bedeutung erlangte das Projekt allerdings unter anderem wegen der Hoffnungen, die es im Vatikan weckte. Gerade die sich abzeichnenden Spannungen zwischen Italien und Frankreich hatte Pacelli Anfang 1933 als möglichen Krisenherd ausgemacht<sup>94</sup>; der Plan eines Viermächtepaktes war vielleicht geeignet, solche Spannungen zu überbrücken. Die Gefahr, die vom deutschen Nationalismus ausging, schien dagegen durch Zugeständnisse in der Danziger Frage einzudämmen zu sein. Der Vatikan konnte damit an die Skepsis anknüpfen, mit der er in der Weimarer Zeit den territorialen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags begegnet war<sup>95</sup>. Zugleich konnte er

<sup>88</sup> Skrzyński an Beck, 27. 2. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 82f., hier fol. 83. Zur militärischen Zusammenarbeit vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993.

<sup>89</sup> Skrzyński an Beck, 19. 4. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 102–105, hier fol. 102. Vgl. Volk, Reichskonkordat, S. 105f.

<sup>90</sup> Gerüchte um Reisepläne Hitlers nach Rom waren Anfang 1933 verbreitet. Vgl. etwa François-Poncet an Paul-Boncourt, 17. 3. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome II, S. 844. Über einen Staatsbesuch in Italien wurde tatsächlich auf inoffizieller wie auch auf diplomatischer Ebene gesprochen. Vgl. Renzetti an Chiavolini, 7. 3. 1933, in: DDI, Settima Serie, Bd. XIII, S. 191–193, hier S. 191f.; Aufzeichnung Pacellis vom 5. 4. 1933, in: Volk, Reichskonkordat, S. 223f.

<sup>91</sup> Audienz am 17. 3. 1933, in: S.RR.SS., A.E.S. Stati Ecclesiastici, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 11r, hier fol. 11v.

<sup>92</sup> Audienz am 9. 6. 1933, in: Ebenda, fol. 60r–61r, hier fol. 60r.

<sup>93</sup> Charles-Roux an Paul-Boncour, 9. 6. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome III: 17 mars – 15 juillet 1933, Paris 1967, S. 694f., hier S. 695.

<sup>94</sup> Skrzyński an Beck, 27. 2. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 82f., hier fol. 82.

<sup>95</sup> Vgl. Chenaux, Pie XII., S. 123f.

sich an die italienische Außenpolitik anlehnen, wengleich entsprechende Mutmaßungen französischer Diplomaten sicherlich übertrieben waren<sup>96</sup>. Immerhin hatte Pacelli schon kurz nach Hitlers Machtübernahme angedeutet, dass eine wie auch immer geartete kleine Revision der Grenzen im Gebiet des „Korridors“ sinnvoll sei, um den deutschen Nationalismus – und nicht Hitler – zu besänftigen<sup>97</sup>. Einen Monat später wies Papst Pius XI. den polnischen Botschafter vorsichtig darauf hin, dass es dringlich sei, die Streitigkeiten um den Korridor zu beenden. Mehrmals kam er während der Audienz auf dieses Thema zurück, freilich ohne selbst auf mögliche territoriale Veränderungen einzugehen<sup>98</sup>. Dem französischen Botschafter teilte der Papst mit, er rechne nicht damit, dass Hitler eine gewaltsame Grenzrevision im Danziger Gebiet plane. Entsprechende Äußerungen aus nationalsozialistischen Kreisen<sup>99</sup> tat er als bloße Rhetorik ab und empfahl, Zeit zu gewinnen, um zu einem späteren Zeitpunkt die Frage des Korridors auf politischem Wege einvernehmlich zu lösen<sup>100</sup>. Vor eindeutigen Revisionsforderungen hielt sich der Vatikan freilich zurück<sup>101</sup>.

Die Fehleinschätzung des Vatikans, der das nationalsozialistische Regime nicht als totalitären Aggressor, sondern lediglich als Neuaufgabe nationalistischer Politik betrachtete, hatte viel mit der Hoffnung der Heiligen Stuhls zu tun, ein aus mehreren europäischen Mächten bestehendes Bündnis könne als Bollwerk gegen den Kommunismus dienen. Diesem Denken folgte der Vatikan offenbar auch in der Frage der Abrüstung, über die die europäischen Mächte seit Februar 1932 in Genf konferierten<sup>102</sup>. Aus Vorsicht – und weil der Vatikan das Feld der Abrüstungsverhandlungen nicht als Bereich eigenen Handelns betrachten konnte – hatte der Papst bereits in seiner Weihnachtsansprache von 1931 davor gewarnt, dass kirchliche Aussagen über diesen brisanten Gegenstand womöglich missinterpretiert werden könnten<sup>103</sup>. Trotzdem kam Pius XI. – wiederum im Zusammenhang mit kommunistischen Bedrohungsszenarien – im März 1933 auf die Frage der Abrüstungskonferenz zu sprechen, als er den britischen Premierminister Ramsay MacDonald und seinen Außenminister John Simon am Abend des 19. März zu einer Audienz empfing. MacDonald hatte einige Tage zuvor einen Plan vorgelegt, der Deutschland als einzigem Staat eine Aufrüstung auf 200.000 Mann zugestand, während er die meisten europäischen Mächte – auch Polen – auf eine Truppenre-

<sup>96</sup> Vgl. Charles-Roux an Paul-Boncour, 20. 5. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome III, S. 534–542, hier S. 534.

<sup>97</sup> Vgl. Wolf, Papst und Teufel, S. 172f.

<sup>98</sup> Skrzyński an Beck, 11. 3. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 86–91, hier fol. 88f.

<sup>99</sup> Vgl. Zygmunt J. Gasiorowski, Did Pilsudski Attempt to Initiate a Preventive War in 1933?, in: *The Journal of Modern History* 27 (1955), S. 135–151, hier S. 142.

<sup>100</sup> Vgl. Charles-Roux an Paul-Boncour, 7. 3. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome II, S. 752–754, hier S. 752f.

<sup>101</sup> So auch Charles-Roux an Paul-Boncour, 20. 5. 1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome III, S. 534–542, hier S. 539.

<sup>102</sup> Vgl. Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 551.

<sup>103</sup> Vgl. Forbes an Simon, 19. 2. 1932, in: Hachey (Hrsg.), *Relations*, S. 223.

duzierung festlegte<sup>104</sup>. Der Papst erwähnte bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit, nicht die „braven Bürger in Gegenwart bewaffneter Räuber“ und nicht „die Ordnung zum Vorteil der Unordnung zu entwaffnen“<sup>105</sup>.

Da die verschleierte Zustimmung zu den Rüstungsplänen wie eine Hilfe für die deutsche Seite wirken musste, präzisierte Pacelli im Gespräch mit dem polnischen Botschafter am folgenden Tag die Aussage: Der Papst habe MacDonald und Simon gedrängt, „nicht jene Nationen zu entwaffnen, die über die Ordnung wachen, während diejenigen Staaten reale Möglichkeiten der Bewaffnung haben, die eine Bedrohung nicht nur für den Frieden, sondern für die ganze Zivilisation darstellen.“<sup>106</sup> Für die polnische Außenpolitik, die den Plänen MacDonalds ablehnend gegenüberstand<sup>107</sup>, waren solche Aussagen, für die offenbar abermals die Idee eines antikommunistischen Kontinentalblocks Pate gestanden hatte, wenig zufriedenstellend. Wenn Pacelli das Ziel verfolgt haben sollte, den polnischen Vertreter mit der Versicherung zu beruhigen, der Heilige Stuhl werde sich auch für eine ausreichende polnische Rüstung einsetzen, erreichte er jedenfalls das genaue Gegenteil: Skrzyński münzte die Aussage auf das Deutsche Reich und wies darauf hin, dass die Reichswehr, nationalsozialistische Verbände und der Stahlhelm zwar nicht sofort, aber „auf jeden Fall in ein paar Jahren“ zu einer Gefahr für den Frieden werden könnten. Pacelli antwortete beschwichtigend, der Papst kenne solche Befürchtungen, glaube aber nicht, dass Hitler außenpolitische „Dummheiten“ begehen werde; die wirkliche Gefahr gehe von Russland aus<sup>108</sup>.

### Die politische Kehrtwende

Das wenig kritische, in einigen Facetten sogar hoffnungsvolle Bild, das sich vatikanische Entscheidungsträger im Frühjahr 1933 von der Politik des nationalsozialistischen Deutschland gemacht hatten, sollte indes schnell verblasen. Obwohl im April im Umfeld von Papst Pius XI. noch der Optimismus über die neue Reichsregierung überwog, waren bereits in dieser Zeit nachdenklichere Zwischentöne zu erkennen. „Ich habe den Eindruck,“ berichtete Skrzyński am 19. April, „dass der Vatikan nun schon besser informiert ist, auch über Schritte Hitlers, die für ihn nicht ausschließlich erfreulich sind. Immer mehr erfährt man hier von solchen Schritten, außerdem auch von Reibungen zwischen den Führern gegenwärtiger Regierungskreise.“<sup>109</sup> Anfang Mai erfuhr der Vatikanbotschafter Polens mehr von der politischen Kehrtwende des Papstes. Pacelli behauptete, „dass im Vatikan nicht ein Wort gefallen sei, das man als wohlwollend für das gegenwärtige System in Deutschland kommentieren könnte“. Der Vatikan habe allein den Kampf ge-

<sup>104</sup> Vgl. Oswald Hauser, *England und das Dritte Reich*, Bd. 1: 1933 bis 1936, Stuttgart 1972, S. 18f.

<sup>105</sup> Pacelli gab diese Worte wenig später dem französischen Botschafter Charles-Roux weiter. Charles-Roux an Paul-Boncour, 20. 3. 1933, in: DDE, 1<sup>re</sup> série, tome III, S. 40.

<sup>106</sup> Skrzyński an Beck, 22. 3. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 92–95, hier fol. 93.

<sup>107</sup> Vgl. Laroche an Paul-Boncour, 27. 3. 1933, in: DDE, 1<sup>re</sup> série, tome III, S. 92f.

<sup>108</sup> Skrzyński an Beck, 22. 3. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 92–95, hier fol. 93.

<sup>109</sup> Skrzyński an Beck, 19. 4. 1933, in: Ebenda, fol. 102–105, hier fol. 103.



gen den Kommunismus begrüßt<sup>110</sup>. Obwohl diese Formel auf den Wortlaut der Konsistorialansprache zutreffen mochte, kaschierte sie zugleich, dass es zwischenzeitlich zu einer weiter reichenden Annäherung zwischen Vatikan und „Drittem Reich“ gekommen war.

Eine Reihe von Gründen war für diese retrospektive Umbewertung der vatikanischen Politik verantwortlich. Es ist zu vermuten, dass die deutschen Feiern zum 1. Mai im Vatikan für Unbehagen gesorgt haben. Dem polnischen Botschafter gegenüber äußerte Kardinalstaatssekretär Pacelli jedenfalls einen Tag später deutliche Kritik an Hitlers Wirtschaftspolitik, führte diese Kritik jedoch nicht näher aus<sup>111</sup>. Weitaus schwerer dürften allerdings Nachrichten von der Verfolgung katholischer Institutionen und Zeitungen gewogen haben, die Rom immer häufiger erreichten. Bereits vor den Reichstagswahlen im März 1933 hatte es im Umfeld des politischen Katholizismus Verhaftungen und Zeitungsverbote gegeben. Im Mai wurde die Redaktion des Zentrumsorgans *Germania* auf Veranlassung seines Hauptaktionärs Franz von Papen komplett ausgetauscht, und im Zuge einer weiteren Verhaftungswelle schloss die Gestapo die Geschäftsstellen mehrerer katholischer Organisationen<sup>112</sup>. Auch die seit der Machtübernahme oftmals geäußerte Sorge, dass die der Zentrumspartei zugehörigen Beamten von den Säuberungen des Staatsapparates nicht verschont bleiben würden, schien sich zu bewahrheiten. Obwohl Göring noch Ende März versichert hatte, dass den Beamten aus ihrer Parteizugehörigkeit keinerlei Nachteile erwachsen würden<sup>113</sup>, zeigte sich im politischen Alltag immer mehr, wie wenig glaubhaft diese Zusage tatsächlich war. Als der Osnabrücker Bischof Hermann Wilhelm Berning Hitler am 26. April erneut auf die Beamtenfrage ansprach, bekam er nur einige beschwichtigende Worte, aber keine konkrete Zusicherung zu hören<sup>114</sup>. Dass die Verdrängung Andersdenkender aus staatlichen Institutionen auch vor Zentrumsangehörigen nicht Halt machte, dürfte dem Vatikan zunehmend deutlich geworden sein. Da der Heilige Stuhl über Ostern 1933 in offizielle Konkordatsverhandlungen mit dem Deutschen Reich eingetreten war, schwanden die Möglichkeiten, gegen solche Eingriffe zu protestieren, ohne das Konkordat selbst zu gefährden<sup>115</sup>.

Die Hoffnungen auf einen Einflussgewinn der Zentrumspartei, die es auch nach dem Ermächtigungsgesetz im Vatikan noch gegeben hatte, lösten sich ebenfalls in Luft auf. Am 2. Mai – als die Ernüchterung über Hitlers politischen Kurs spürbar zugenommen hatte – erhielt Skrzyński von Pacelli die Auskunft, die erhoffte Mitarbeit der Zentrumspartei an der Regierungspolitik sei bislang nicht verbindlich vereinbart worden: Das Zentrum habe „eher eine Versicherung zur von gegenseitiger Toleranz geprägten Arbeit in dieselbe Richtung bekommen“,

<sup>110</sup> Skrzyński an Beck, 2.5.1933, in: Ebenda, fol. 106–109, hier fol. 106.

<sup>111</sup> Ebenda.

<sup>112</sup> Vgl. Morsey, *Untergang*, S. 107, S. 159, S. 183 u. S. 192–194.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, S. 159.

<sup>114</sup> Vgl. Aktennotiz betr. Besuch Bernings bei Hitler, 26.4.1933, in: Alfons Kupper (Bearb.), *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, Mainz 1969, S. 28–30, hier S. 29.

<sup>115</sup> Charles-Roux an Paul-Boncour, 26.7.1933, in: MAE, DAPC, *Allemagne* 699, hier 153r.

aber unkonkret und ohne Garantie. „Einzig genauer scheint die Versicherung, dass die Regierung die Meinung des Zentrums anhören wird, was allerdings nicht heißt, dass man diese auch berücksichtigen muss.“<sup>116</sup> Die Skepsis, die aus dieser Aussage spricht, ist offensichtlich. Die Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933, eine Folge der Macht- und Einflusslosigkeit der Partei sowie von Befürchtungen einer bevorstehenden Zwangsauflösung, dürfte dieses Misstrauen noch bestärkt haben.

Eine Alternative zur Zentrumspartei war indes nicht in Sicht. Zwar äußerte sich Giuseppe Pizzardo am 22. April aufgeschlossen gegenüber den Plänen Franz von Papens, mit dem Bund „Kreuz und Adler“ eine neue christliche Partei ins Leben zu rufen, die mäßigend auf Hitler einwirken und den antikommunistischen Kampf unterstützen könne<sup>117</sup>. Allem Anschein nach stießen solche Pläne bei Pacelli allerdings auf Vorbehalte. Am 2. Mai zeigte sich der Kardinalstaatssekretär gegenüber dem polnischen Vatikanbotschafter skeptisch: Das Zentrum sei zwar nicht mit dem Vatikan verbunden, aber im politischen Leben Deutschlands tief verwurzelt, „wohingegen die Gründung irgendeiner neuen katholischen Partei nur zu einer künstlichen Gruppierung ohne Zukunft führen würde“<sup>118</sup>.

Der immer deutlicher werdende antisemitische Charakter des NS-Regimes spielte ebenfalls eine Rolle. Der Boykott jüdischer Geschäfte, den die Nationalsozialisten von langer Hand vorbereitet hatten und der am 1. April begann, stieß beim Heiligen Stuhl auf Ablehnung<sup>119</sup>. Die stand in der Tradition des vatikanischen Selbstverständnisses, das sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ausgebildet hatte und das eigene Handeln zunehmend als Dienst an einer universalen, alle Menschen betreffenden Friedensmission begriff<sup>120</sup>. Allerdings galt die Sorge in erster Linie den aus dem Judentum konvertierten Katholiken, die die Folgen des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus ebenfalls zu spüren bekamen. Der *Osservatore Romano* betonte diesen Aspekt folglich in besonderer Weise und veröffentlichte zugleich einen Kommentar, der – der Enzyklika „*Ubi arcano dei*“ folgend – vor übertriebenem Nationalismus warnte, nicht ohne allerdings auch den „falschen Internationalismus“ der Sozialisten zu verurteilen<sup>121</sup>. Dennoch blieb die Reaktion des Vatikans auf den Boykott schwach; Kardinal Faul-

<sup>116</sup> Skrzyński an Beck, 2.5.1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 106–109, hier fol. 106. Vgl. Volk, Reichskonkordat, S. 83.

<sup>117</sup> Vgl. Theodoli an Suvich, 22.4.1933, in: DDI, Settima Serie, Bd. XIII, S. 511–513, hier S. 513; Volk, Reichskonkordat, S. 104.

<sup>118</sup> Skrzyński an Beck, 2.5.1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 106–109, hier fol. 106. Im Mai 1933 versuchte der deutsche Vatikanbotschafter von Bergen dennoch, Pacelli für Papens Parteiplanungen einzunehmen. Vgl. Volk, Reichskonkordat, S. 130.

<sup>119</sup> „[Orsenigo] soll sehen, ob und wie man etwas unternehmen kann. Es kann der Tag kommen, an dem man sagen kann, dass etwas getan worden ist. Es ist eine Sache, die in den guten Traditionen des Heiligen Stuhls steht.“ Audienz am 1.4.1933, in: S.RR.SS., A.E.S. *Stati Ecclesiastici*, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 21rv, hier fol. 21r; ebenfalls belegt bei Wolf, Papst und Teufel, S. 151.

<sup>120</sup> Vgl. Brechenmacher, Vatikan, S. 143–201.

<sup>121</sup> „Come si svolgerà il boicottaggio contro gli Ebrei anche se convertiti“, in: *Osservatore Romano*, vom 1.4.1933, S. 1; „Gl’ingiusti nazionalismi“, in: Ebenda.

haber hatte davor gewarnt, dass ein zu deutlicher Einsatz für die Juden das nationalsozialistische Regime zu Maßnahmen gegen den Katholizismus veranlassen könne, und die Diskriminierung zudem als eine vorübergehende Erscheinung angesehen<sup>122</sup>. Entschlossener wurden die vatikanischen Proteste gegen die deutsche Judenpolitik erst nach dem Abschluss des Konkordates: Im September 1933 protestierte Pacelli mehrmals bei der deutschen Botschaft gegen die Ungleichbehandlung von Katholiken mit jüdischen und nicht-jüdischen Wurzeln. Der Protest richtete sich zugleich gegen den generellen Ausschluss von katholischen Beamten aus dem Staatsdienst, die vor 1933 gegen die NSDAP Stellung bezogen hatten<sup>123</sup>.

Sicherlich trugen auch Stil und Auftreten der deutschen Regierungsvertreter einiges dazu bei, dass die Skepsis des vatikanischen Staatssekretariats zunahm. Hermann Göring etwa stellte sich bei seiner Papst-Audienz im April mit Hitlergruß vor<sup>124</sup>. Obwohl die Konkordatsverhandlungen ungewöhnlich schnell vorankamen, erwies sich die Reichsregierung als unzuverlässiger Verhandlungspartner, der bereits vereinbarte Formulierungen im Nachhinein in Frage stellte und mitunter ungewöhnliche Forderungen erhob<sup>125</sup>. Wegen der laufenden Verhandlungen bot sich indes kaum eine Gelegenheit, das wachsende Unbehagen gegenüber der deutschen Politik öffentlich zu äußern. Der *Osservatore Romano* hielt sich folglich mit Kritik an dem deutschen Regime zurück und veröffentlichte sogar einen Artikel, der die Bücherverbrennung als antikommunistische und von professoraler Kompetenz geleitete Initiative von Berliner Studenten bagatellisierte<sup>126</sup>. Auf diplomatischer Ebene blieb es ebenfalls bei informellen Andeutungen, etwa bei der Ablehnung, den Rom-Reisenden Joseph Goebbels zu empfangen<sup>127</sup>, oder bei inoffiziellen Protesten bei der deutschen Regierung. In einer Besprechung mit Vertretern der deutschen Vatikanbotschaft kam Pacelli am 30. Juni auf die von der internationalen Presse gemeldeten Verhaftungen von Priestern zu sprechen und zeigte sich „sehr erregt“ darüber, dass deutsche Behörden diplomatische Briefe an ihn und Pius XI. wiederholt geöffnet hatten<sup>128</sup>. Vor der Unterzeichnung des Konkordates schließlich soll Papst Pius XI. den Vizekanzler von Papen in der Audienz darauf hingewiesen haben, dass er mit vielen Prinzipien der Hitler-Regierung nicht übereinstimme. Seine Zustimmung zum Konkordat gebe er in der Hoffnung, dass Bischöfe, Klerus und die deutschen Katholiken von dem

<sup>122</sup> Vgl. Brechenmacher, *Teufelspakt*, S. 614–616.

<sup>123</sup> Vgl. Botschaftsrat Klee an AA, 12.9.1933, in: Akten der Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Bd. I/2, Göttingen 1971, S. 783–785, hier S. 784.

<sup>124</sup> Vgl. Volk, *Reichskonkordat*, S. 100.

<sup>125</sup> Vgl. Papen an Kaas, 27.4.1933, in: Briefe zum Reichskonkordat, hrsg. von Rudolf Morsey, in: *Stimmen der Zeit* 167 (1960/61), S. 11–30, hier S. 12–14; Kaas an Papen, 2.5.1933, in: Ebenda, S. 14–17; Kaas an Bergen, 25.5.1933, in: Ebenda, S. 26.

<sup>126</sup> „Un rogo notturno delle pubblicazioni marxiste“, in: *Osservatore Romano* vom 12.5.1933, S. 4.

<sup>127</sup> Audienz am 13.5.1933, in: S.RR.SS., A.E.S. *Stati Ecclesiastici*, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 44r–45r, hier fol. 44r.

<sup>128</sup> Bergen an AA, 30.6.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, S. 605.

energischen Kampf der gegenwärtigen Regierung gegen den Kommunismus profitieren könnten<sup>129</sup>.

Im Juli 1933 gab es im Vatikan immer noch eine vage Hoffnung auf eine antikommunistische Allianz europäischer Staaten, obwohl die Zuverlässigkeit der deutschen Politik sehr fraglich und sicherlich auch die Verlängerung des Berliner Vertrags mit der Sowjetunion am 5. Mai 1933 nicht dazu angetan war, solche außenpolitischen Vorstellungen zu nähren<sup>130</sup>. Es ist wahrscheinlich, dass die deutsche Seite von dieser Hoffnung profitierte und das Projekt eines Viermächtepaktes gewinnbringend in den Konkordatsverhandlungen einsetzte. So ließ von Papen Kaas am 1. Juni telegraphisch übermitteln: „Da Abschluss Viererpakts dicht bevorstehend, halte Beschleunigung unserer Verhandlungen [für das Reichskonkordat] für dringend erwünscht.“<sup>131</sup> Der Viermächtepakt schien Befürchtungen vor einer baldigen Aggression des deutschen Nationalismus‘ zu beschwichtigen und die Einschätzung, Deutschland könne langfristig durch internationale Verträge gebunden werden, zu bestätigen. Als der Pakt unterzeichnet wurde, notierte Pacelli im Audienzprotokoll: „Da dieser Frieden für zehn Jahre gesichert ist, wird die Zeit viele Dinge zurechtrücken: (und wie sehr liegt hierin die besondere Bedeutung des Abkommens).“<sup>132</sup>

Gewiss, die Erfahrung, dass man sich auf Zusicherungen „faschistischer“ Staaten kaum verlassen konnte, hatte man bereits im Zusammenhang mit dem italienischen Konkordat gemacht. Nach einem Streit um die Katholische Aktion, der 1930/31 zu erheblichen Missstimmungen zwischen Staat und Kirche geführt hatte, war es letzten Endes aber doch zu einem Einvernehmen gekommen<sup>133</sup>. Folglich konzentrierte sich das Vatikanische Staatssekretariat in einer „Stimmung ungeduldigen Abwartens“<sup>134</sup> darauf, die Vereinbarungen des Konkordates zu verteidigen<sup>135</sup>. Dies allerdings mit wachsendem Unbehagen: Im November 1933 teilte Pius XI. Skrzyński mit, das Konkordat sei für die Kirche vorteilhaft, sofern es eingehalten werde. Er hoffe weiterhin auf ausreichende Garantien<sup>136</sup>.

<sup>129</sup> Cerruti an Mussolini, 15. 7. 1933, in: DDI, Settima Serie, Bd. XIII, S. 1043 f.

<sup>130</sup> Vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1994, S. 317.

<sup>131</sup> Telegramm Neuraths (in Auftrag Papens) an Kaas, 1. 6. 1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, S. 502, Anm. 7.

<sup>132</sup> Audienz am 9. 6. 1933, in: S.RR.SS., A.E.S. Stati Ecclesiastici, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 348, fol. 60r-61r, hier fol. 60r. Die doppelte Klammersetzung im Original wurde stillschweigend korrigiert.

<sup>133</sup> Vgl. Renzo De Felice, *Mussolini il duce*, Bd. I: *Gli anni del consenso 1929–1936*, Turin 2007, S. 254–274.

<sup>134</sup> Skrzyński an Beck, 21. 10. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 168–170, hier fol. 170.

<sup>135</sup> „Man muss es mit aller Kraft ausfechten – wir wären schuldig, wenn nicht alle Rechte verteidigt würden, die uns das Konkordat gibt.“ Audienz am 3. 11. 1933, in: S.RR.SS., A.E.S. Stati Ecclesiastici, 4. Per., Pos. 430a, Fasz. 349, fol. 2rv, hier fol. 2v.

<sup>136</sup> Skrzyński an Beck, 3. 11. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 185–187, hier fol. 185.

## Ausblick

Der Wandel, der in der vatikanischen Wahrnehmung eingetreten war, wird nach dieser Betrachtung offenkundig. Bereits wenige Tage nach Unterzeichnung des Konkordates veröffentlichte der *Osservatore Romano* mehrere Artikel, die wahrscheinlich aus der Feder Pacellis stammten. Die Artikel dienten sichtlich dem Zweck, das Konkordat entgegen der deutschen Propaganda als Erfolg des Vatikans darzustellen und seine engen Verbindungen zu den konkordatären Traditionen des Heiligen Stuhls herauszustellen. Die Artikel enthielten Kommentare über einzelne Bestimmungen des Konkordats, ließen aber auch durchblicken, dass mit dem Vertragsschluss kein kirchliches Lob für die innere Ordnung des deutschen Staates verbunden sei und dass in den Vereinbarungen über Bildung und Erziehung die Pflichterfüllung gegenüber dem Vaterland nur im Rahmen der christlichen Normen verstanden werden könne. Sie enthielten zudem die reichlich unrealistische Behauptung, dass auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen sei, dass Priester als unabhängige, nicht parteigebundene Mitglieder in den Reichstag einzögen<sup>137</sup>.

Die rechtfertigende Grundtendenz der Artikel ist unverkennbar. Später versuchte Papst Pius XI. sogar, den Konkordatsschluss als einen Erfolg über den Protestantismus zu deuten. Es sei eine Ironie der Geschichte, dass das Oberhaupt der katholischen Kirche den Vertrag am Vortage des Luther-Jubiläums unterzeichnet habe: Der Heilige Stuhl schließe, „auf irdischem Terrain ebenbürtig mit dem deutschen Staat, mit dem Reich ein Konkordat ab, das erste nach jenem, das in Worms noch vor Luther abgeschlossen wurde“, während im selben Moment die Kirche Luthers einem der Ministerien untergeordnet werde<sup>138</sup>. Das Konkordat als Garantie für die Unabhängigkeit der katholischen Kirche: Diese Intention war unzweifelhaft von Anfang an maßgeblich, gewann aber erst den Status eines exklusiven Verhandlungsziels, nachdem die Vision von einem antikommunistischen Block gescheitert war.

Die Hoffnungen auf einen antikommunistischen europäischen Block verfielen allerdings rasch. Einen großen Dämpfer erlebten die Aspirationen des Papstes, als die Reichsregierung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Rahmen der Reichstagswahl vom 12. November 1933 legitimieren ließ. Nuntius Cesare Orsenigo, der seine diplomatische Neujahrsansprache für das Jahr 1934 vorbereitete, sah sich veranlasst, eine Anspielung auf den Viermächtepakt wieder aus seinem Manuskript zu streichen<sup>139</sup>. Der Vertrag war mit Deutschlands Austritt aus

<sup>137</sup> Vgl. „Ancora in proposito del Concordato“, in: *Osservatore Romano* vom 27. 7. 1933, S. 2; „Ai margini del Concordato tra la Santa Sede e il Reich Germanico“, in: Ebenda vom 26. 7. 1933, S. 1; „Ancora sul Concordato Germanico“, in: Ebenda vom 29. 7. 1933, S. 2.

<sup>138</sup> Skrzyński an Beck, 3. 11. 1933, in: AAN, MSZ, B 16169 (52), fol. 185–187, hier fol. 185.

<sup>139</sup> Bezeichnenderweise geht gleich der folgende Satz in Orsenigos Schreiben auf das Konkordat ein. Orsenigo an Pacelli, 25. 11. 1933, in: Brechenmacher (Hrsg.), *Berichte*, Nr. 310, [http://194.242.233.156/denqOrsenigo/index.php?view=doc\\_layout&docConstraints\[browse\]=true&docConstraints\[byID\]=no&docConstraints\[id\]=310&docConstraints\[docNrInPager\]=1](http://194.242.233.156/denqOrsenigo/index.php?view=doc_layout&docConstraints[browse]=true&docConstraints[byID]=no&docConstraints[id]=310&docConstraints[docNrInPager]=1) [Zugriff am 21. 3. 2012].

dem Völkerbund obsolet geworden. Damit hatten sowohl die Vorstellung eines „Bollwerks“ gegen den Kommunismus als auch der Wunsch nach einer Zähmung der „nationalistischen Kräfte“ in der Reichsregierung einen herben Rückschlag erlitten.

Charles-Roux bemerkte rückblickend, der Papst habe sich, besessen von seiner Kommunismus-Phobie, „einem Augenblick der Zuneigung zu Hitler“ hingegeben, „in Folge einer Rede, in der Hitler dem Kommunismus den Todeskrieg erklärt hat“<sup>140</sup>. Die vorübergehende Annäherung des Vatikans an den Hitler-Staat, die in den Monaten März und April ihren Höhepunkt erlebte, hatte indes weitreichende Folgen. Die wichtigsten Weichenstellungen für das Verhältnis von Kirche und nationalsozialistischem Staat – die Ausschaltung des politischen Katholizismus und der Abschluss des Reichskonkordates – erfolgten in dieser Zeitspanne. Obwohl es keine eindeutigen Belege gibt, dass der Heilige Stuhl im Jahr 1933 Einfluss auf die Entscheidungen der Zentrumspartei genommen hat<sup>141</sup>, ist diese Frage für die Beurteilung der vatikanischen Politik allenfalls von zweitrangiger Bedeutung. Es ist wahrscheinlich, dass die Abgeordneten des Zentrums bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz wussten, dass das päpstliche Staatssekretariat Hitlers Politik zwar nicht in allen Einzelheiten unterstützte, sie allerdings im Rahmen einer antikommunistischen Allianz zu billigen bereit war. Als die Fuldaer Bischofskonferenz am 28. und 29. März die Unvereinbarkeitserklärung von Katholizismus und Nationalsozialismus zurücknahm, richtete sich die vatikanische Kritik trotz aller Vorsicht keinesfalls grundsätzlich gegen die Maßnahme selbst, sondern in erster Linie gegen den formellen Vorgang<sup>142</sup>. Ähnlich wie im Falle der Mainzer Erklärung von 1931 hatte der Vatikan den Anspruch, an der Entscheidungsfindung beteiligt zu werden<sup>143</sup>. In der Zeit zwischen Aufnahme und Ende der Konkordatsverhandlungen begann sich das vatikanische Bild von der Hitler-Diktatur schließlich zu wandeln; von den weitreichenden Hoffnungen, die man an die Verständigung mit dem Deutschen Reich geknüpft hatte, blieb letzten Endes das Bestreben, die Seelsorge für die Katholiken in Deutschland zu sichern.

Auch für die historische Forschung ergeben sich aus der wechselhaften Politik des Vatikans im Jahr der „Machtergreifung“ Konsequenzen. Die Mehrzahl der Quellen, die über den päpstlichen Blick auf Deutschland im Jahr 1933 Auskunft geben, stammt aus einer Zeit, in der die Ernüchterung über die deutsche Regierung bereits Einzug gehalten hatte. Sie können nur als Momentaufnahmen dienen, nicht aber zur Beschreibung einer für das gesamte Jahr 1933 gültigen Grundhaltung herangezogen werden<sup>144</sup>. Auf die Schwierigkeiten, die Hintergrün-

<sup>140</sup> Charles-Roux an Paul-Boncour, 20.5.1933, in: DDF, 1<sup>re</sup> série, tome III, S.534–542, hier S.536.

<sup>141</sup> In den Jahren 1924 bis 1927 hatte der Kardinalstaatssekretär Gasparri allerdings mehrmals versucht, Einfluss auf die Koalitionspolitik der Zentrumspartei auszuüben. Vgl. Wolf, Papst und Teufel, S. 79–84; ders., Reichskonkordat für Ermächtigungsgesetz.

<sup>142</sup> Vgl. Brechenmacher, Teufelspakt, S. 603.

<sup>143</sup> Vgl. Scholder, Kirchen, Bd. I, S. 190.

<sup>144</sup> Vgl. Repgen, Strategie, S. 528–535.



de des Reichskonkordates aus Memoiren und anderen späteren Selbstzeugnissen zu rekonstruieren, ist verschiedentlich hingewiesen worden<sup>145</sup>. Die Erinnerungen aus der Feder des Jesuitenpaters Robert Leiber machen hier keine Ausnahme; sie blenden die zwischenzeitliche Annäherung zwischen Vatikan und Hitler-Deutschland aus und stellen die ideologische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus als durchgängiges Hauptmotiv vatikanischen Handelns dar<sup>146</sup>.

Obwohl sich im Laufe des Jahres 1933 gezeigt hatte, dass sich das nationalsozialistische Deutschland als Bündnispartner des Vatikans im Zeichen des Antikommunismus nicht eignete, verschwand diese Idee nicht völlig aus dem Repertoire päpstlicher Diplomatie. Der österreichische Gesandte am Heiligen Stuhl, Rudolf Kohlruss, berichtete um die Jahreswende 1936/37 über im Vatikan kursierende Meinungen, angesichts der „immer akuter werdenden bolschewistischen Weltgefahr“ müsse die Achse Berlin-Rom als „wahrhaftiges Glück angesehen werden“<sup>147</sup>. Und auch der jesuitische Ordensgeneral Włodzimierz Ledochowski hielt trotz aller nationalsozialistischen Repressalien gegen Angehörige der katholischen Kirche immer noch an der Ansicht fest, Hitler könne sich für eine moderate Politik entscheiden und die Linke im Sinne der Kirche bekämpfen. Allerdings sei zu befürchten, dass der „Nationalsozialismus selbst mit seiner Kirchenpolitik dem Kommunismus zusteure“<sup>148</sup>.

Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli äußerte sich indes Kohlruss gegenüber mehrmals pessimistisch, dass sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland in absehbarer Zeit ändern werde<sup>149</sup>. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, die im März 1937 Elemente der nationalsozialistischen Ideologie und Machtausübung verurteilte, zeigt deutlich, dass man sich im Vatikan der Gefahren des Nationalsozialismus größtenteils bewusst war. Diese Enzyklika bildete ein Ensemble mit dem antikommunistischen Rundschreiben „Divini redemptoris“ und der Enzyklika „Firmissimam constantiamque“, die die Kirchenverfolgung in Mexiko verurteilte<sup>150</sup>. Auch der Nachfolger des Ratti-Papstes, Papst Pius XII., sollte in der antikommunistischen Ausrichtung der faschistischen Mächte ein Argument für einen Ausgleich mit ihnen sehen<sup>151</sup>. Die vatikanische Politik betrachtete den Nationalsozialismus kritisch und maß seiner antikommunistischen Ideologie nun einen weitaus geringeren Stellenwert bei als im März und April 1933. Elemente der früheren Politik lassen sich aber noch in der Zeit des Zweiten Weltkriegs nachweisen.

<sup>145</sup> Vgl. z. B. Konrad Repgen, Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation, in: Historisches Jahrbuch 99 (1979), S. 375–413, hier bes. S. 383–394.

<sup>146</sup> Vgl. Robert Leiber, Pius XII. †, in: Stimmen der Zeit 163 (1958/1959), S. 81–100, hier S. 96; Leiber, Reichskonkordat, S. 215; vgl. auch Volk, Reichskonkordat, S. 89, und Repgen, Patti, S. 401.

<sup>147</sup> Kohlruss an Schmidt, 15. 1. 1937, in: Archiv der Republik, Auswärtiges, Neues Politisches Archiv, Polit. Berichte der Gesandtschaften, Rom-Vat. 71, fol. 227rv, hier fol. 227r.

<sup>148</sup> Kohlruss an Schmidt, 16. 12. 1936, in: Ebenda, Rom-Vat. 70, fol. 186r-188r, hier fol. 187v.

<sup>149</sup> Ebenda, fol. 186v.

<sup>150</sup> Vgl. Chenaux, Pius XII., S. 207f.; Wolf, Pius XI., S. 2.

<sup>151</sup> Vgl. Friedländer, Pius XII., S. 216.



Oldenbourg  
Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der  
Oldenbourg Gruppe

Stefan Plaggenborg

## Ordnung und Gewalt

*Kemalismus – Faschismus – Sozialismus*

2012 | 433 Seiten | gb | € 39,80  
ISBN 978-3-486-71272-8



Im Ersten Weltkrieg brachen die alten Ordnungen und Imperien zusammen. Aus Krise und Krieg gingen der sowjetische Sozialismus, der Kemalismus in der Türkei und der italienische Faschismus zeitgleich hervor. Die neuen Regime drückten der Geschichte des 20. Jahrhunderts ihren Stempel auf. Stefan Plaggenborg stellt sie in eine vergleichende Perspektive, rückt die Geschichte der Türkei in den Kontext der europäischen Geschichte und erläutert die historischen Ausgangslagen und Entwicklungswege, die zu unterschiedlichen Formen der Diktatur führten. Nur die Grundlagen des Kemalismus haben bis heute überlebt.

» *Wer die Türkei verstehen möchte, muss sie in diesen Zusammenhängen begreifen.*



Stefan Plaggenborg, geb. 1956,  
ist Professor für Osteuropäische Geschichte  
an der Ruhr-Universität Bochum.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung  
oder direkt bei uns: Tel: 089/45051-248  
Fax: 089/45051-333 | [verkauf@oldenbourg.de](mailto:verkauf@oldenbourg.de)

[www.oldenbourg-verlag.de](http://www.oldenbourg-verlag.de)